

Die Schulden-Uhr: Kassieren von Verlierern

Anleger der Investmentgesellschaft Phoenix Kapitaldienst haben derzeit doppelt Pech: Die Gesellschaft täuschte mit einem Produkt ihre Anleger - für die zu hoch angegebenen, aber nie erhaltenen Renditen müssen sie nun noch Hans Eichel Spekulationssteuer zahlen. Der kritisiert derweil die Konzepte seines Herausforderers Kirchhof: „unsozial“. SV

Staatsverschuldung in Deutschland:

1.448.649.231.370 €

(eine Billion vierhundertachtundvierzig Milliarden sechshundertneundvierzig Millionen zweihunderteinunddreißigtausend und dreihundertsiebzig)

Vorwoche: 1.447.614.354.164 €
Verschuldung pro Kopf: 17.552 €
Vorwoche: 17.539 €

(Stand: Montag, 22. August 2005, 12.00 Uhr.
Zahlen: www.steuernzahler.de)

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: paz
Kennwort/PIN: 4512

Linke haben »Jagdsaison« eröffnet

SPD schießt im »Kampf gegen Rechts« gegen den CDU-Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche

Es ist wieder Jagdzeit. Wenige Wochen vor der Bundestagswahl überlegt die SPD, wie sie den „Kampf gegen Rechts“ neu beleben kann. Dabei rückt als nächstes Opfer der sächsische CDU-Abgeordnete Henry Nitzsche ins Visier. Eigentlich klingt sein Wahlkampfmotto „Arbeit, Familie, Vaterland“ recht harmlos. Arbeit wünschen sich viele in den neuen Bundesländern, die Familien will auch die SPD-Ministerin stärken, und für sein „liebes Vaterland“ hat gerade erst der Papst bei seinem Besuch warme Worte gefunden.

Thierse spricht von »Anbiederung an die Sprache der Neonazis«

Doch Nitzsche hat die drei harmlosen Worte in einer Weise kombiniert, welche die politisch korrekte Jagdgesellschaft äußerst erregt. Ein Redakteur des linken Berliner Tagesspiegel blies vergangene Woche zur Hatz mit einem Artikel, wonach die Parole „Arbeit, Familie, Vaterland“ einst vom französischen Vichy-Regime erfunden worden sei. Auch die NPD habe den Spruch schon mal benutzt. Sogleich folgte der Chor der „Empörten“: „Eigentlich sollte Nitzsche selbst die Konsequenzen ziehen und sein Mandat zurücklegen“, forderte der Sprecher

der mitteldeutschen SPD-Abgeordneten Stephan Hilsberg. Er nannte es „tragisch“, daß Nitzsche nicht begreife, welche „schrecklichen Folgen sein Handeln und Denken hat“.

Welche „schrecklichen Folgen“ hat es denn bislang gehabt, würde man Hilsberg gerne fragen. Sein SPD-Kollege Michael Müller nannte den Dreiklang „Arbeit, Familie, Vaterland“ eine „eindeutig als rechtsextrem zu identifizierende Aussage“, welche „töricht, dumm und verantwortungslos“ sei. „Wenn ein Abgeordneter aus Sachsen, wo die NPD in den Landtag eingezogen ist, solche Sätze sagt, dann gibt es keine Entschuldigung“, so Müller.

Am Wochenende schaltete sich auch der unermüdliche SPD-Bundestagspräsident Wolfgang Thierse ein. In einer Pressemitteilung erklärte er, Nitzsches „Anbiederung an die Sprache und Argumente der Neonazis ist politisch unanständig und auf das Schärfste zu verurteilen“. Thierse, der stets an vorderster Front im „Kampf gegen Rechts“ mitwirkt, forderte CDU-Parteichefin Angela Merkel auf, „dem

Treiben sofort Einhalt zu gebieten“. Denn wer zuschaut, „macht sich mitschuldig und wird den Kampf gegen Rechts nicht gewinnen“.

Auffällig waren die Versuche, Nitzsche in die Nähe vom „Fall Hohmann“ zu rücken. Vor anderthalb Jahren, als der hessische CDU-Abgeordnete wegen seiner mißglückten Rede in die Kritik kam, die schließlich zu seinem Ausschuß aus Fraktion und Partei führte, geriet Nitzsche ebenfalls in die Mühlen der Skandalmaschine. Damals wurde angeprangert, er habe bei einer Rede gesagt, es sei „vergebliche Liebesmüh“ für die CDU, um die Stimmen eingebürgerter Türken zu buhlen. Eher werde einem Muslim „die Hand abfaulen“, als daß er sein Kreuz bei der Christlich Demokratischen Union mache. Später entschuldigte er sich für diese Formulierung.

Aus der sächsischen CDU erhielt Nitzsche bislang Rückendeckung. Gene-

ralsekretär Michael Kretschmer warf den Kritikern „billigen Wahlpopulismus“ vor. Nitzsches Wahlmotto enthalte „Themen, die die Menschen in Sachsen bewegen“. Auch der frühere CDU-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf stellte sich hinter Nitzsches Wahlmotto „Arbeit, Familie, Vaterland“. „Was ist daran schlecht?“ fragte Biedenkopf. „Wer die Verwendung des Wortes Vaterland kritisiert, den kann ich nur bedauern.“ Dabei komme eine „gewisse Deformation des Denkens“ zum Ausdruck, die durch den Mißbrauch solcher Worte im Nationalsozialismus bestimmt sei. „Aber wir müssen uns doch nicht über Generationen hinweg diesen Mißbrauch vorhalten lassen.“ FFP



Im Visier der Linken: Das Wahlkampfmotto des sächsischen Politikers Henry Nitzsche lautet „Arbeit, Familie, Vaterland“. Worte, die in dieser Konstellation in den Augen zahlreicher SPD-Politiker an die NS-Zeit erinnern. Von der eigenen Partei erhielt er jedoch Rückendeckung. Kurt Biedenkopf äußerte absolutes Unverständnis für die Anklage. Foto: Bundestag

Clemens Range übernimmt Chefredaktion

Bereits in der vorigen Woche wurde die Öffentlichkeit in einer Kurzmeldung über den bevorstehenden Wechsel in der Chefredaktion der Preussischen Allgemeinen Zeitung informiert. Inzwischen hat Clemens Range seinen Dienst im Ostpreußenhaus in Hamburg angetreten.



Clemens Range

Der neue Leitende hat das journalistische Handwerk von der Pike auf gelernt. Nach Lehr- und Wanderjahren war er 14 Jahre bei der Tageszeitung Die Welt in verantwortlicher Position tätig. Als Pressesprecher von zwei großen Industrieverbänden konnte er Einblicke in das sich immer mehr globalisierende Wirtschaftsgeschehen und entsprechende Kenntnisse gewinnen. Range ist Oberstleutnant der Reserve und somit auf dem Sektor der militärischen Bündnis- und Sicherheitspolitik ein ausgewiesener Experte. Er hat sich als Verfasser von fünf Sachbüchern in einer breiten Öffentlichkeit Anerkennung erworben.

Der neue Chefredakteur muß sich gleich nach seinem Dienstantritt einer enormen Herausforderung stellen. Die Preussische Allgemeine Zeitung wird ab 1. Oktober 2005 mit neuem Layout und größerem Format erscheinen. Damit verbunden ist ein Wechsel des Druckhauses. Zukünftig wird die PAZ nicht mehr im niedersächsischen Leer, sondern im schleswig-holsteinischen Büdelsdorf gedruckt.

Am 19. August 2005 wurde Range durch den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen in sein neues Amt eingeführt. Dabei gab der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen seiner Überzeugung Ausdruck, daß es der Redaktion und dem neuen Chefredakteur gelingen werde, die Preussische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt konkurrenzfähig auf dem Markt der Printmedien zu halten. Gg

»Ich will Deutsche nur vor dem Tresen«

... und andere weniger weise Politikerworte der Sommersaison, die die Nation erzürnten

Brandenburgs Innenminister Schönbohm, Bayerns Ministerpräsident Stoiber, Tirols Arbeiterkammerpräsident Dinkhauser und Österreichs Bundeskanzler Schüssel haben etwas gemeinsam: Alle vier sorgten jüngst mit einer einzelnen Aussage, vielleicht sogar mit nur einem Satz oder einem Wort, für große „Aufregung“ in Deutschland wie in Österreich.

Der Verdacht liegt nahe, daß eine linkslastige Journalaille bei der Erregung nachgeholfen haben könnte, denn in beiden Ländern steht ein heißer Wahlherbst vor der Tür. Aber hatten nicht auch Münchenerings „Heuschrecken“ und Lafontaines „Fremdarbeiter“ hohe Wellen geschlagen? Man muß also schon etwas näher hinsehen: Wurden wieder einmal - wie in den „Fällen“ Hohmann oder Kardinal Meisner - einzelne Sätze böswillig aus dem Zusammenhang gerissen? Oder sind die Aussagen inhaltlich falsch? Oder geht es bloß um die Wortwahl?

Wenn man Schönbohm nachliest, findet man eine zutreffende und nicht einmal überzogene Diagnose des DDR-Systems. Schönbohms Fehler war es, dies mit einem einzelnen Kriminalfall zu verknüpfen. Denn ein derart außergewöhnliches Verbrechen kann eben nicht als „Paradebeispiel“ dienen. Doch ist nicht genau diese Technik des Verallgemeinerns gängige Praxis in der gesamten politischen Kaste? Der Einzelfall wird zum Anlaßfall, und heraus kommt Anlaßgesetzgebung! Alle leben in der Angst, „das Volk“ könnte ihnen Untätigkeit vorwerfen - selbst wenn des Volkes Stimme längst nicht mehr Gottes Stimme ist,

sondern nur die der veröffentlichten Meinung.

Stoibers Problem wiederum ist der Stilbruch, der ihm zuweilen widerfährt. Manche seiner „inkriminierten“ Aussagen hätten zur bulligen Deftigkeit eines Franz Joseph Strauß durchaus gepaßt. Bei

noriert, führt aber unweigerlich in die Pleite.

Nun zu Dinkhauser, dem ruppigen Tiroler: Er wäre kaum angeeckt mit dem einen Teil seiner Aussage, nämlich daß er die Deutschen lieber vor als hinter der Theke sehen möchte. Völlig deplaziert aber war es, die

Wiedereinstellung in der nächsten Saison gibt.

Schüssels Aussage schließlich - nur ein Satz in einem langen Interview mit der FAZ - wurde als Behauptung verstanden, daß deutsche Arbeitslose massenhaft nach Österreich strömen. Doch Schüssel ist ein durchtriebener Formulierer: Er sagte nur, daß die verschärfte Lage in Österreich auch mit Hartz IV zusammenhänge. Es sei „sehr viel attraktiver geworden, bei uns Arbeitslosenunterstützung zu bekommen“. Attraktiver als vorher - nicht unbedingt attraktiver als in Deutschland. Und die absoluten Zahlen sind einstweilen marginal. Hinter Schüssels Doppeldeutigkeit steckt aber ein reales Problem, das er verschweigt: Wer in einem EU-Land Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, muß nur einen Tag in Österreich arbeiten, um in Österreich anspruchsberechtigt zu sein. Wenn sich das vor Ablauf der Sperrfrist für Osteuropäer nicht ändert, wird für sehr viele die Arbeitslosigkeit in Österreich sehr viel attraktiver sein als daheim!



Deutscher Kellner in Salzburg? Wenn man den Worten des Tiroler Arbeiterkammerpräsidenten Dinkhauser Glauben schenken möchte, nehmen die Deutschen den Österreichern allmählich die Arbeit weg. Vor allem im Gastronomiebereich würden sich die „Feinde“ - insgesamt 50.000 deutsche Gastarbeiter - immer mehr breit machen. Foto: pa

ihm aber wirken sie als Entgleisungen, und dann geht auch die Aussage unter. Was nämlich Stoiber im konkreten Fall sagte, ist nur das, was die meisten denken: Der Empfänger soll nicht über das Schicksal des Zahlers bestimmen. Und eben darin liegt auch ein Grund für den EU-Frust in Deutschland und Österreich: Bei der Stimmengewichtung in der EU wird die Nettozahlerposition nicht einmal ansatzweise berücksichtigt! Ein System, das ein Mehr an Leistung nicht ho-

deutschen Gastarbeiter „Feinde“ zu nennen. „Konkurrenten“ hätte genügt, denn in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit trifft dies auf ausländische Arbeitskräfte, egal welcher Nationalität, zweifellos zu. Was Dinkhauser verschweigt, ist der für den Fremdenverkehr typische Sozialmißbrauch, den Arbeitgeber und Arbeitnehmer im besten Einvernehmen begehen: In der Hauptsaison macht man massenweise Überstunden und danach kassiert man Arbeitslosengeld, obwohl es eine Zusage zur

Dinkhauser und Lafontaine sprachen ein und dasselbe Problem an. Nur daß „Deutschenfeindlichkeit“ für Gutmenschen keine „Fremdenfeindlichkeit“ ist - höchst interessant! Ebenso, daß Hartz-IV-Flüchtlinge für sie keine „Migranten“ und daher keine „Bereicherung“ sind. Aber auch Münchenering und Schüssel - wenn sie's nur zugeben würden - beziehen sich auf Auswüchse ein und desselben Übels: Es ist die entnationalisierte Marktwirtschaft, bei der zwangsläufig das Soziale auf der Strecke bleibt - und letztlich auch der Markt. Die „Eine Welt“ eben. R. G. Kerschhofer

Irgendwat mit Biergarten

Holocaust-Mahnmal: Berliner Ramschniveau statt Respekt / Von Annegret KÜHNEL



„Würden Sie uns bitte mal knipsen?“

Das „Mahnmal für die ermordeten Juden Europas“ entwickelt sich zum profanen Ausflugsziel. Es löst weder Beklemmung noch Begeisterung aus. Gelangweilt, manchmal auch eher ungläubig, durchwaten Berliner und Touristen das monotone Stelenfeld.

Foto: Schleusener

Der Schock durch das Holocaust-Denkmal in Berlin ist ausgeblieben. Die Berliner sind halt pragmatische Leute. So auch an diesem heißen Sommertag.

Der junge Mann, der auf einer flachen Säule am Rand des Stelenfeldes sitzt, hat seinen muskulösen Oberkörper freigelegt. Aus einer Thermosflasche gießt er sich kalten Tee ein. Neben ihm steht ein Pappteller mit Currywurst, die er am Stand nebenan gekauft hat. Seelenruhig taucht er die Würstchen in die hellbraune Tunke und läßt sie im Mund verschwinden. Das gleichmäßige Kauen verrät einen guten Appetit. Seine Frau wickelt auf der Nachbarstele den Säugling. „Irgendwat mit Biergarten, Bänken, Sandkasten und so“ wäre natürlich praktischer, sagt er, aber: „Man kann nun mal nich allet haben!“

Auf Geheiß des Bezirksamts Mitte ist die Würstchenbude inzwischen abgebaut worden. Ein Stand mit Ansichtskarten darf bleiben. Und dann gibt es ja noch die fliegenden Händler. Im Oktober soll hier ein Pavillon errichtet werden, wo man essen, trinken, Karten kaufen und zur Toilette gehen kann.

Das Leben, die Stadt fordern ihren Tribut. Sie sind stärker als das Konzept einer ehrfurchtfordernenden Leere mitten im Zentrum. Sie wird, bezeichnend für Berlin, auf Ramschniveau geführt. Das Denkmal ist gescheitert. Aber es ist nun mal da, meckern bringt nichts, also arrangiert man sich. Die Stelen werden respektlos zu Sonnenbänken umfunktioniert.

Aber gehen wir hinein in den steinernen Gedenkhain. Die 95 Zentimeter breiten Gänge zwischen den Stelen führen sanft in die Tiefe. Für Rollstühle sind sie zu schmal, weshalb schon Klagen anhängig sind. Nebenbei ist Gekicher zu hören. Das Mädchen und die Jungen, alle um die 16 Jahre alt, werden schlagartig ernst, als unsere Wege sich kreuzen. Sie wissen schließlich aus der Schule, was sich hier gehört. Zwei Italienerinnen oder Spanierinnen mittleren Alters machen abrupt kehrt. Sie tauschen einen kurzen Blick, der besagt: „Die spinnen, die Deutschen!“ Eine deutsche Familie – Großeltern, Eltern, zwei kleine Söhne – befindet sich auf ihrem Sonntagsausflug. Opa stolpert. „Wo ihr uns auch überall mit hinschleppen müßt!“, schimpft der Alte.

Die Jungs quengeln. Sie wollen nicht „Holocaust gucken“, sondern in den Zoo zu den „Elephanten“. Zum Schluß noch ein Familienfoto mit dem Rücken zum Stelenfeld. „Würden Sie uns bitte mal knipsen?“ – „Na klar doch.“ Aber wie bloß in die Herren blicken herb / Und zeigen, wie sie's traf: / Ein Trauerwettbewerb / Vorm Friedhofsphotograf ...“

Der Schockwirkung bleibt auch deshalb aus, weil der Kontrast zur Umgebung zu klein ist. Sicher herrscht hier ein Kommen und Gehen, Autos brausen vorbei, doch es fehlt die lebendige Stadtstruktur. Nebenbei in den Ministergärten, wo sieben Landesvertretungen stehen, herrscht sowieso ewige Mittagsruhe. Auf der anderen Seite läßt die gewaltige Baugrube der US-Botschaft erahnen, daß dort allen Beteuerungen zum Trotz ein Hochsicherheits-trakt entsteht. Aber drüben, in den Luxusbauten des Beisheim-Centers, da müßte das Leben

doch toben? Fehlanzeige. Aus den Fenstern der unvernieteten Büros und Apartments starrt den Besucher ebenfalls gähnende Leere an. Nur im Freiluftcafé an der Ecke zum Tiergarten sitzen Leute. Doch es sind nur ein paar, denn hier ist es teuer. Die Berliner aber wollen es billig, und die Berlin-Touristen auch. Klar, sonst wären sie ja nach Paris oder London gefahren.

Nur das Adlon-Hotel meldet steigende Umsätze: „Das Mahnmal in unserer direkten Nachbarschaft beschert uns ungläubliche zusätzliche Gästeströme“, bilanzierte Adlon-Direktor Thomas Klippstein bereits Ende Mai. Aus der ganzen Welt kämen Menschen mit dem Ziel nach Deutschland, das Holocaust-Denkmal zu besuchen. Das Stelenfeld als geldwerter Touristenmagnet – der Hotelier sieht's pragmatisch und freut sich. Das Denkmal hat allerdings auch bereits ein Opfer gefordert. Ein jugendlicher Stelenspringer ist im alkoholisierten Zustand abgestürzt und hat sich dabei verletzt. Wie soll das erst im Winter werden, wenn die Anlage vereist ist? Nein, ganz so leicht kommt man der Berliner Dauerkrise wohl doch nicht bei. ■

Willy B. Wowereit

Von Harald FOURIER

Still und heimlich läuft sich Klaus Wowereit warm. Die Spatzen pfeifen es ja inzwischen nicht nur von den Berliner Dächern: Der Regierende Bürgermeister sieht sich für höhere Weihen gewappnet, glaubt Bundeskanzler werden zu können. Und obwohl die Spekulationen um Wowereit als möglichen SPD-Spitzenkandidaten im Dutzend die Runde machen, gab es noch nicht einmal ein halbherziges Dementi nach dem Motto „Ich will Bürgermeister bleiben.“ Es spricht also einiges dafür, daß sich der 51jährige auf die Spuren Willy Brandts begibt.

Das liegt auch daran, daß ihm die Macht kaum zu entreißen ist. Die eigenen Leute stehen hinter Wowereit. Und die Opposition aus CDU und FDP kann strampeln soviel sie will: Selbst wenn SPD und PDS die Mehrheit verlor, stünden noch die oppositionellen Grünen als Reserve bereit. So wie Berlin strukturiert ist, kann Schwarz-Gelb nur in einer Ausnahmesituation a la Hamburg auf die Macht hoffen.

Trotzdem sind die Wähler in Berlin einer Umfrage zufolge mit den herrschenden Zuständen unzufrieden. Sie wollen kein rot-rotes Bündnis, sie wollen eine Große Koalition. Dies, obwohl die Bilanz jener zehn Jahre, in denen Berlin von 1991 bis 2001 schon einmal gemeinsam von CDU/SPD regiert wurde, ziemlich ernüchternd ausfällt. Die gescheiterte Olympia-Bewerbung 2000? Vergeben! Der Skandal um die Bankgesellschaft Berlin? Vergessen! Der Abstieg der Stadt zur „Roten Laterne“? Abgehakt. Mit 39 Prozent der Wahlberechtigten fordert eine relative Mehrheit eine Große Koalition zurück.

Und das hat seine Gründe: In erster Linie sind die Bürger unzufrieden mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Nur etwa zwei Prozent trauen der Linkspartei die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu. Die Grünen stehen keinen Deut besser da. Ein rot-rot-grünes Bündnis wäre also aus Sicht der Wähler das, was sich hinter dem Begriff „Verschlimmbesserung“ verbirgt.

An zweiter Stelle in der Sympathie der Bürger rangieren ein CDU-FDP-Bündnis (28 Prozent) und Rot-Grün (17 Prozent). Für das Senats-Bündnis aus SPD und den SED-Nachfolgern konnten sich nur neun Prozent erwärmen. Das einzig positive, was Klaus Wowereit vorzuweisen hat, ist, daß ihn die Bürger weiterhin in der Stadt sehen wollen, seinen Wechsel in die Bundespolitik ablehnen. Einen solchen Karrieresprung befürworten selbst bei der SPD nur 40 Prozent ihrer Anhänger. Diese Umfrage kann natürlich auch anders gelesen werden: Die Befragten trauen ihm diese wichtigere Aufgabe schlicht nicht zu.

12jähriger flieht vor Blutrache

Die Familie des zwölfjährigen Jungen, der vor zwei Wochen in einem Haus in Berlin-Moabit einen Brand auslöste, bei dem neun Bewohner umkamen, mußte aus der Hauptstadt fliehen. Angehörige der getöteten Bewohner des überwiegend von Polen und Türken bewohnten Hauses drohen dem Jungen, seinen Geschwistern und seiner Mutter mit Blutrache.

Während der Zwölfjährige und sein kleiner Bruder, der an der Brandlegung beteiligt war, von den Behörden „an einem sicheren Ort“ außerhalb Berlins untergebracht wurden, versuchte die Mutter, eine Sinti, zeitweise nach Polen auszuweichen, von wo sie einst gekommen war. Da sie sich aber auch dort nicht sicher fühlte, brach sie die Reise ab und kehrte nach Deutschland zurück.

»Ost-Gipfel« – wo die Liberalen der Mut zu eigenen Programmatik verließ / Von Markus SCHLEUSENER

Bald nach der deutschen Vereinigung begann der Einzelhandel in den Neuen Ländern „Produkte aus unserer Region“ gesondert zu kennzeichnen. Die Kundschaft spricht wie die Medien von „Ostprodukten“. Sie mag diese Form der Werbung, gibt sie dem Käufer doch das Gefühl, etwas für „seine Region“ und die dortigen Arbeitsplätze zu tun.

Die politischen Parteien greifen gerne auf die Erkenntnisse der Werbewirtschaft zurück – in Wahlkampfzeiten zumal. So trafen sich die Liberalen genau einen Monat vor der anberaumten Bundestagswahl in ihrer Berliner Zentrale zum „Ost-Gipfel“.

Wie sieht der „Ost-Gipfel“ einer politischen Partei aus? Eingeladen werden die Mitglieder aus den Landesverbänden der Ex-DDR und Berlin. Etwa 200 von ihnen sind erschienen.

Zunächst spricht der Parteichef Guido Westerwelle. Anders als bei der CDU, wo Angela Merkel immer als letzte kommt und eine abschließende Rede hält, ist Westerwelle als erster am Mikro. Er hält eine lupenreine Wahlkampfreden. Die FDP, sagt Westerwelle, sei eine gesamtdeutsche Partei – anders als Grüne, Linke oder CSU.

Als Stargast spricht Ekkehard Heilemann, der den „Oscar für den Mittelstand“ gewonnen hat. Er ist Geschäftsführer eines Feinkostbetriebes. Die Firma wurde nach 1989 den Eigentümern zurückgegeben und verdient ihr Geld mit Fertiggerichten wie Soljanka-Suppe und Harzer Käse – typischen „Ostprodukten“ eben.

Heilemann berichtet aus seiner Berufsausbildungspraxis: „Die beste Ausbildung nutzt nichts, wenn die Azubis mit einer Nullbockmentalität in der Ecke sitzen und sich nur

für das neuste Handy mit dem schrulligsten Klingelton interessieren. Das ist in meinem Betrieb kein Einzelfall.“ Deswegen fordert er von den Politikern ein besseres Bildungssystem.

So weit, so gut. Aber Heilemann hat auch noch andere Forderungen, die so gar nicht ins liberale Konzept passen: Er fordert – ungewollt – die weitere großzügige Sonderförderung der mittelständischen Unternehmen in den Neuen Ländern. Das Beibehalten der Förderpraxis läge ihm sehr am Herzen, sagt er. Gleichzeitig fordert er aber auch eine „Verschlangung der Bürokratie“.

Am Ende seines Beitrags geht der Unternehmer in den Jammerton über: „Geiz ist geil“ sei eine böse Kampagne. Weil die „bösen“ Konsumgüter Joghurts für 19 Cent und das Glas Leberwurst für 59 Cent erwarteten, gebe es für Firmen wie die

seine keine richtige Wertschöpfung mehr. Hier fehlte nur noch die Parole, der Staat müsse etwas für die Kaufkraft der Bürger tun, um die Konjunkturschwäche zu überwinden. Dann hätte Heilemann – zusammen mit seinem Wunsch nach weiteren Subventionen für seine Firma – ein lupenreines Linksprogramm formuliert. Doch kein anwesender Liberaler fordert den Unternehmer auf, die Marktfähigkeit seiner Produkte zu untersuchen, wenn er ohne Zuschüsse nicht mehr konkurrenzfähig sei – so wie es ihrer eigenen Programmatik geschuldet wäre. Alle klatschen und ignorieren den Widerspruch zu allem, was die FDP täglich einklagt. Warum? Weil das Spektakel sowieso niemand ernstnimmt? Das jedenfalls bleibt der triste Eindruck dieses Tages: Daß es der FDP letztlich nur darum ging, mit dem „Gipfel“ ein eigenes „Ostprodukt“ auf den Wahlkampfmarkt zu werfen, weil so etwas eben ankommt. ■

FDP auf leisen Sohlen



Zweiter Senat des Bundesverfassungsgerichtes: Michael Gerhardt, Rudolf Mellinghoff, Lerke Osterloh, Hans-Joachim Jentsch, Winfried Hassemer (Vorsitz), Siegfried Brofl, Udo di Fabio, Gertrude Lübke-Wolff (v. l.)

Die genötigte Verfassung

Karlsruhe hat geurteilt. Aber: Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurden die drei Gewalten – Exekutive, Legislative, Judikative – für die persönlichen Interessen eines Kanzlers so sehr instrumentalisiert. Das Fundament des Grundgesetzes hat einen gefährlichen Riß erhalten.

Von Joachim Tjaden

Die Schönheit unseres Landes, die Geschichte unseres Landes – das alles ist und bleibt Deutschland. Das ist unser Land, das ist unsere Heimat. Trotz aller Schwierigkeiten, Probleme und Krisen, die unser Land zur Zeit durchläuft, geht es uns Deutschen weit besser als drei Vierteln der Menschheit. Unser Land sollte uns etwas wert sein.“ Bundespräsident Horst Köhler in seiner Antrittsrede am 1. Juli 2004 im Deutschen Bundestag.

Am Nachmittag des 22. Mai dieses Jahres nahm zwischen der Bundes- und der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt eine Inszenierung ihren Anfang, die auf manche wie Befreiung aus einer Agonie wirkte, auf andere, zumal im Kontext sich daran anschließender Ereignisse, heute wie ein Komplott zu Lasten der politischen Hygiene.

In NRW wurde an diesem Tag ein neuer Landtag gewählt. Der Urnengang im bevölkerungsreichsten Bundesland galt als ultimativer Testlauf für die formal noch bis Herbst 2006 amtierende Bundesregierung. Beladen mit einem beispiellosen Vertrauensverlust, der sich in einer zuvor nicht erlebten Serie von Landtagswahl-niederlagen manifestiert hatte, der Nicht-Vermittelbarkeit sozialer Einschnitte in ein ebenso kommodies wie marodes soziales Sicherungsnetz, einer durch Überbürokratisierung und unzeitgemäßes Arbeitsrecht im globalen Wettbewerb gelähmten Wirtschaft, dem inneren Richtungsstreit zwischen Sozialstaat und eigenverantwortetem Bürgerstaat sowie einem unauflösbaren Entscheidungspatt zwischen Bundestag und Länderkammer hatte die rot-grüne Bundesregierung die letzte rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf um Ministerpräsident Peer Steinbrück in einen Sog gerissen, aus dem es kein Entrinnen mehr gab.

Als deutlich zwei Stunden vor Schließung der Wahllokale auf der Basis verlässlicher Umfragen und Wahlnachfragen feststand, daß an Rhein und Ruhr, jahrzehntelang Stammland und Hochburg der Sozialdemokratie, nichts mehr zu retten war, unterrichteten Bundeskanzler und SPD-Bundesvorsitzender den grünen Vizekanzler an allen Parteigremien vorbei in vertraulicher Runde von ihrem Plan, schon im Herbst im Bund vorgezogen neu wählen zu lassen. Der Genosse Steinbrück in Düsseldorf wurde eingeweiht und gestand dies noch am Wahlabend öffentlich stolz ein. Gerhard Schröder und Franz Müntefering verbreiteten später auf Pressekonferenzen, sie hätten den Bundespräsidenten über den Neuwahl-Coup vorab unterrichtet, der aber legte Wert auf die Feststellung, zunächst aus dem Fernsehen davon erfahren zu haben. Das Kanzleramt mußte schließlich kleinlaut einräumen, der Präsident sei telefonisch zunächst nicht erreichbar gewesen.

Schon mit diesem Ablauf zwischen Geheimhaltung, Dichtung und Wahrheit war klar, daß die Republik für die Neuwahl instrumentalisiert werden sollte – in einer Weise, für die es seit ihrer Gründung keine bekannte Parallele gibt.

Die folgenden Wochen boten eine Politaufführung mit allen Zutaten einer Realsatire; und das stauende designierte Wahlvolk war sich einig in der Beurteilung „höchster

Der Bundespräsident war in seiner Entscheidung für Neuwahlen keineswegs frei

Unterhaltungswert“: Kanzler Schröder in der Hauptrolle mußte belegen, warum er nicht mehr daran glaubte, auf dem konventionellen Weg des Weiterregierens das reguläre Ende der Legislatur erreichen zu können. Dafür rückte er von jenem rot-grünen Bündnis ab, das er selber 1998 mit dem Versprechen geschmiedet hatte, „viele anders und alles besser“ machen zu wollen. Jetzt sagte er, Rot-Grün sei damals schon nur dem Zufall geschuldet, daß andere Konstellationen nicht darstellbar gewesen seien. Darob wechselten zwischen den roten und grünen Protagonisten Entsetzen und Entfremdung – und die Inszenierung entwickelte Eigendynamik. Dieselbe Bundesregierung und die sie tragenden Parteien, die zuvor mit ihrem Nein zum Irakkrieg, dem Parforceritt zu einer europäischen Verfassung, Medikamentenzuzahlung, Ökosteuer, Gleichstellungsgesetz und der „Agenda 2010“ nach innen wie nach außen eine nationale Schicksalsgemeinschaft für ein neues Deutschland gelebt hatten, boten nun plötzlich das Bild eines Paares vor dem Familienrichter. Mit diesem Bild der Zerrüttung sollte ganz offensichtlich die fehlende verfassungsrechtliche Legitimation für die vorgezogene Neuwahl nachgereicht werden. Plötzlich auch fingen Rot und Grün an, über andere Bündnisoptionen zu rasonnieren, die sie sechseinhalb Jahre lang indiziert hatten: große Koalition, Schwarz-Grün, Schwarz-Gelb-Grün, Ampel. All dies, leicht durchschaubar, aber nie offen ausgesprochen, diente nur dem einen Ziel: Dem Wähler sollte das Bild einer zerrütteten Ehe dargeboten werden. Wenn auch der Grad dieser Zerrüttung nicht mehr steuerbar war.

Schröder spielte die Karte Mißtrauensvotum. Was den Kanzler dabei umtrieb, war evident: Er, der einst am Golf dem mächtigsten Politiker der Erde die Stirn geboten hatte, wollte zu eigenen Bedingungen aus dem Amt scheiden – dies schloß für den Gefangenen eigener Eitelkeit und Staatsmann einen branchenüblichen Rücktritt aus. Dabei nahm Schröder wissentlich in Kauf, daß die gewählten Volksvertreter und seine eigene Regierung zu Schachfiguren mutierten. Zur Anwendung gelangte schließlich Artikel 68 I. des Grundgesetzes: „Findet ein Antrag des

Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen 21 Tagen den Bundestag auflösen.“

Am 1. Juli schließlich setzte Schröder seinen Willen durch. An diesem Tag auch floppte die Inszenierung endgültig: In der Aussprache über den Antrag, den der Kanzler weder an eine Sachfrage noch an eine Gesetzesinitiative knüpfte, betonte der Vormann der SPD, Partei- und Fraktionschef Franz Müntefering, selbstverständlich vertrauten die Mitglieder der Regierungsfaktionen dem Kanzler noch – anschließend entzogen sie ihm das Vertrauen, während sich die Minister ihrer Stimme enthielten. Das Wort vom „gefühlten Mißtrauen“ zog in den deutschen Sprachschatz ein: Ein Bundeskanzler war gescheitert, hatte aufgegeben und nur noch den Wunsch nach Abgang freier Wahl, und das Parlament bereitete die Kulisse dafür.

Ein Mann stellte sich in den Weg: Der Grünen-Abgeordnete Werner Schulz, ein Kind der friedlichen Revolution im Osten, fühlte sich an die „DDR-Volkskammer“ erinnert, warnte verzweifelt vor einer „Kanzlerdemokratie“ und kündigte an, gegen die sich abzeichnende Parlamentsauflösung vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen. Als Schulz vom Rednerpult an seinen Abgeordnetenplatz zurückschritt, würdigte ihn seine Fraktion keines Blickes – wohl auch, weil sie ihm nicht in die Augen sehen konnte.

Horst Köhler schöpfte die Drei-Wochen-Frist voll aus – weder frei in der Abwägung noch frei von eigener politischer Herkunft. Die weit überwiegende Mehrheit der Bundesbürger sehnte mittlerweile ein Ende des ihnen aufgezungenen Schauspiels herbei, und Union wie Liberale, die den Präsidenten ein Jahr zuvor ins Amt gebracht hatten, waren bereits mit ihren Personaltableaus für den Fall der Machtübernahme beschäftigt. Bevor Köhler final die Hand zum Spiel reichte, erbat er sich von der Bundesregierung Antworten auf seinen Fragenkatalog zu Vertrauensfrage und Neuwahl – er erhielt eine 250 Seiten umfassende Sammlung von Presseberichten deutscher Medien, die bis in die Zeit vor der NRW-Wahl zurückreichten und dauerhaften Streit in den Regierungsparteien über Kurs und Inhalt sowie „Schwie-

rigkeiten bei der Umsetzung von Gesetzesvorhaben“ dokumentieren sollten. Zeitungsausschnitte, soviel stand jetzt fest, ohne daß dies mit Erregung kommentiert worden wäre, dienten dem ersten Mann im Staate als Entscheidungsgrundlage für die Parlamentsauflösung. Spätestens hier erreichte das „gefühlte Mißtrauen“ die Bevölkerung.

Am 21. Juli trat Horst Köhler vor das Fernsehvolk und fand die höchste Einschaltquote, die je ein Bundespräsident erreicht hatte – die Mediendemokratie feierte Urständ. Was er sagte, stand in einem erstaunlichen Widerspruch zu seiner Antrittsrede und wirkte als Umschreibung eines nationalen Notstandes: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Ich habe heute den 15. Deutschen Bundestag aufgelöst und Neuwahlen für den 18. September angesetzt. Unsere Zukunft und die unserer Kinder stehen auf dem Spiel. Millionen von Menschen sind arbeitslos, viele seit Jahren. Die Haushalte des Bundes und der Länder sind in einer nie dagewesenen, kritischen Lage. Die bestehende föderale Ordnung ist überholt. Wir haben zu wenig Kinder, und wir werden immer älter. Und wir müssen uns im weltweiten, scharfen Wettbewerb behaupten. In dieser ernstesten Situation braucht unser Land eine Regierung, die ihre Ziele mit Stetigkeit und mit Nachdruck verfolgen kann. Dabei ist die Bundesregierung auf die Unterstützung durch eine verlässliche, handlungsfähige Mehrheit im Bundestag angewiesen. Der Bundeskanzler hat deutlich gemacht, daß er mit Blick auf die knappen Mehrheitsverhältnisse keine stetige und verlässliche Basis für seine Politik mehr sieht. Ihm werde mit abweichendem Abstimmungsverhalten und Austritten gedroht. Loyalitätsbekundungen aus den Reihen der Koalition hält der Kanzler vor dem Hintergrund der zu lösenden Probleme nicht für dauerhaft tragfähig.“



Spielverderber oder Einzelkämpfer? Kläger Werner Schulz (Grüne) und Jelen Hoffmann (SPD) Fotos (2): pa

Der Grüne Werner Schulz – und die russischstämmige Sozialdemokratin Jelen Hoffmann, die der SPD-Führung vorwarf, wider die Unabhängigkeit des Parlaments „Stimmung von oben“ für die Neuwahl erzeugt zu haben – reichten in Karlsruhe Klage ein. Aus dem Spiel um einen Kanzler, der aussteigen wollte, zwei Koalitionspartner, die ihre Haßliebe pflegten, und um Mißtrauen, das von Vertrauen getragen wird, war deutscher Ernst geworden.

Es mag ins Bild passen, daß der Rechtsvertreter der Bundesregierung

vor dem Bundesverfassungsgericht, der Berliner Staatsrechtler Bernhard Schlink, Verfassungsrichter in Nordrhein-Westfalen ist, wo die causa ihren Anfang nahm, und einen Ruf als Schriftsteller hat: In jungen Jahren textete er Kriminalromane, 1995 fand er weltweite Beachtung mit dem Roman „Der Vorleser“, der Geschichte einer Liebesbeziehung zwischen einem 15jährigen Gymnasiasten und einer 20 Jahre älteren ehemaligen KZ-Aufseherin. Schon zwei Jahre vor dem rot-grünen Ende hatte Schlink im Spiegel gesagt, die Regierung des Juristen Schröder sei „die Regierung meiner Generation“. Schlink hatte damals hinzugefügt: „Aber diese Generation ist auch erschöpft.“

Anfang August versuchte Wolfgang Thierse, Sozialdemokrat und zweiter Mann im Staate, nach Einschätzung vieler Beobachter, Karlsruhe zu nötigen, indem er das Urteil antizipierte: „Verfassungsrichter können nicht über die innere Motivation und das Gewissen von Abgeordneten entscheiden. Das steht ihnen nicht zu. Der Abgeordnete ist frei.“

Mehr noch: Bereits zwei Wochen vor Ende der Verhandlung fanden viele Bundesbürger in ihren Briefkästen die „Benachrichtigung für die Wahl zum Deutschen Bundestag am Sonntag, dem 18. September 2005, von 8 bis 18 Uhr“. Dies bedeutete: Noch bevor die Rechtmäßigkeit der herbeigewünschten Wahl bestätigt war, hatten staatliche Wahldienststellen sie bereits administrativ auf den Weg gebracht. Darf man an italienische Verhältnisse erinnern?

Und die Bundesbürger? In einer eher seltenen Grundstimmung zwischen Fatalismus und Degoutiertheit wandten sie sich in immer größerer Zahl mehrheitlich einer großen Koalition zu: als Ausweg aus dem Dilemma, das sich zur Staatskrise ausgewachsen hatte. Als sozialdemokratischer Vize unter einer Kanzlerin Angela Merkel wurde dabei regelmäßig Peer Steinbrück ins Spiel gebracht, jener Mann, mit dessen Niederlage der Fall Schröder begonnen hatte.

Zum Auftakt des Karlsruher Verfahrens vor dem Zweiten Senat unter Vorsitz Winfried Hassemers (einst auf SPD-Ticket ans oberste Gericht gelangt) und unter Berichterstattung Udo di Fabios (bekannt geworden als Verfechter eines NPD-Verbotsverfahrens) äußerte Richter Hans-Joachim Jentsch zunächst Zweifel an Schröders Argumentationslinie, indem er beschied: „Mit knappen Mehrheiten zu regieren, ist das übliche politische Geschäft.“

Dann stellte der Mann in der Robe die Wahrhaftigkeit von Bundeskanzler und Bundespräsident in erstaunlicher Direktheit in Frage, als er anzweifelte, es habe eine „materielle Auflösungsfrage“ für den Bundestag vorgeherrscht. Dies war der Moment, als die politische Kultur in das deutsche Jahr 2005 zurückkehrte und ein Rankinespiel als solches entlarvt wurde. ■



Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten: Während der „Tannhäuser“ den Zuschauern auch etwas fürs Auge bot, blieb „Tristan und Isolde“ nur ein Ohrenschauspiel. Fotos (2): Bayreuther Festspiele

Glanzvoll gegen die Tristesse angesungen

Bayreuther Neuinszenierung von Wagners »Tristan und Isolde« entlockte vielen nur ein müdes Gähnen / Von Irmgard DREMEL

Die Bayreuther Festspiele machten in diesem Jahr eine klare Zweiteilung durch: Da sind der Holländer und Parsifal – genügend Karten während der Aufführungszeit noch zu haben, auch leere Sitze zumindest nach den Pausen, und da sind Tannhäuser und Lohengrin – schon bei den offiziellen Kartenbestellungen restlos „überbucht“.

Besonders die Neuinszenierung von „Tristan & Isolde“ erfreute sich großen Interesses. Nun ist der „Tristan“ wegen seiner bekannten Handlungsarmut ohnehin am leichtesten konzertant aufführbar – was beim „Ring“ oder den „Meistersingern“ geradezu absurd wäre. Und das geschieht auch weltweit bisweilen. Nur: Wer nach Bayreuth kommt, will die „Handlung in drei Akten“ auch sehen. Ob nun Jean Pierrès Ponnelles grandiose Manifestation oder H. Müllers karge Abwicklung – ein jeder, wie er kann, aber man sollte das Werk schon noch erkennen, vom Bühnenbild wie von der Personenregie her. Das war dieses Jahr bei Marthalers Inszenierung über weite Pässe hin nicht mehr möglich. Pro

Akt je ein Raum, der sich über die ganze Bühne zieht: Im ersten Akt: Stil aufgelassenes Hotelfoyer, voller Stühle und Sessel, die im völligen Durcheinander herumstehen, und von Isolde umgeworfen und von Brangäne wieder aufgestellt werden – was für ein bedeutender Regieeinfall – links und rechts flankiert von langen Bänken; im zweiten Akt dafür um so leerer, nur eine kleine Bank in der Mitte, auf die dann „die Nacht der Liebe“ auf die Akteure hernieder sinkt; im dritten Akt schließlich ein riesiger Warteraum, mit einem sterilen Krankenhausbett, das eine Einfassung umgibt, wie ein Laufstall für Kleinkinder, worin dann Tristan stirbt.

In dieser ebenso banalen wie langweiligen Umgebung agieren die Personen – das heißt, sie agieren eben meistens nicht oder kaum. Stört in vielen Operninszenierungen überflüssiger Daueraktionismus, so stehen hier die Figuren zumeist beziehungslos und untätig herum. Geradezu wohlwütig wird dann echte Personenregie geführt im dritten Akt, wenn Tristan voller Qual sehnsüchtig

Isolde erwartet. Da merkt offenbar sogar Marthaler, daß dies nicht mit regungslosem im Bett liegen dargestellt werden kann. Überhaupt setzt hier die Musik die Grenzen. Die größte musikalische Steigerung in der gesamten Opernliteratur verlangt eine Entsprechung in der Aktion – und natürlich sowieso im Text – sonst liegt alles daneben, sonst entsteht eine Werksvernichtung durch Inszenierung. Genau das ist die Crux vieler derzeitiger „Inszenierungen“ weltweit. Und wenn dann Isolde, viel mehr als am Schicksal Tristans, an den vielen auf- und zugehenden Nonschleifen – wozu diese überhaupt? – an der Zimmerdecke interessiert ist – sie weist ihren zukünftigen Gatten, König Marke, öfters mit schelmisch ausgestrecktem Zeigefinger (eigentlich recht lieb) darauf hin – dann bleibt nur noch peinliche Albernheit.

Das alles, gewissermaßen zur Krönung, findet in banalen Billigklamotten der 50er und 60er Jahre, ohne jede Stilisierung statt. Es war zwar keine Parodie – dazu war es zu langweilig, denn Satire will gekonnt sein

– nicht einmal eine mittelmäßige Aufführung: Mag die Musik zum Wahnsinn treiben – die Inszenierung entlockt nur ein müdes Gähnen.

Um so weniger tut dies die musikalische Seite: Eiji Oue mag nicht den Schattierungsreichtum, den man erwartet, zustande gebracht haben, er differenzierte zu wenig bei Klangfarbe und bei Lautstärke, aber insgesamt war es eine eindrucksvolle Leistung. Und: Welch eine Isolde, welch ein Tristan. Nina Stemme als Isolde ist einfach ein Phänomen. Ihre Stimme meistert alle Situationen der Rolle: Sie ist leuchtend, warm, voll, heldisch und dramatisch in einem. Und wenn auch der Liebesszene im zweiten Akt jede große Geste fehlt – die schmalen Zärtlichkeiten des Paares auf der Bank sind seltsam rührend, und lassen wenigstens hier Liebesschwärme aufkommen. In Robert Smith hat sie einen idealen Tristan gefunden: Lyrisch – biegsam im Liebesduett, dramatisch in der Sterbeszene, aber ohne Dauerforcierung bis zum Gebrüll, beides hier so üblich, durchsingt er diesen stimmörderischen Marathon. Beide lassen

die gegen das Werk gerichtete Inszenierung über weite Stellen hinweg einfach vergessen.

Das „Filetstück“ ist in diesem Jahr der „Tannhäuser“. Die Personenregie ist, wohl zum Teil durch die Sänger und Sängerinnen selbst, ausgefeilt worden, und unterscheidet sich von der fast langweiligen Personenführung der ersten Aufführung vor Jahren gewaltig. Besonders der Sängerwettbewerb hat eine schauspielerische Dichte im dramatischen wie auch komischen erhalten, die man auf einer Opernbühne suchen muß. Zusammen mit der Farbigkeit des Bühnenbildes und der stilisierten Kostüme ist dies ein Augenschmaus. Dabei bleibt es natürlich nicht: Der Ohrenschauspiel von Musik und Gesang ist überwältigend.

Nächstes Jahr ist es wieder soweit: Ein neuer „Ring“ steht an. Die Regie übernimmt der bekannte Theaterautor Tänkred Dorst. Dem Dirigenten kann man wohl schon Vorschußloberneinräumen: Es wird Christian Thielemann sein. Bayreuth-Fans dürfen gespannt sein! ■

Deutschland steht vor einem Mentalitätswandel

Der *Focus* zieht treffend eine verheerende Bilanz der 68er; noch ein Zeichen für den Abgang der Träger dieses Zeitgeistes

Viele können die Jahreszahl nicht mehr hören: 1968. Das Jahr steht als Chiffre für eine Generation. Hierüber ist so viel geredet und geschrieben worden, daß sich der ein oder andere am liebsten die Ohren verstopfen würde. So ging es wohl auch Jens Brüning, der ein aktuelles Titelthema des Magazins *Focus* in seiner Kulturpresseschau für das „Deutschlandradio“ rezensierte. Auf fünf Seiten ziehen die *Focus*-Autoren Michael Klonovsky und Martin Scherer eine Bilanz der 68er. Dieses als Saure-Gurken-Thema des Münchner Wochenmagazins zu bezeichnen war so ungefähr das Dummste, was Brüning einfallen konnte. Übertroffen wird diese intellektuelle Schlichtheit nur durch die These, bei dem *Focus*-Artikel handle es sich um einen schwer beleidigten Beitrag. Wer den Text so liest und kommentiert, beweist nur, daß er sich politisch getroffen und entlarvt fühlt. Denn auf wenigen Seiten gelingt es dem Autoren-Duo, die Legenden und Lebenslügen der Protestgeneration so zu beschreiben, wie man es lange nicht gelesen hat.

Zunächst liefern die beiden Redakteure eine Definition: „68er sein bedeutet nicht, Angehöriger einer Generation, sondern Träger eines Zeitgeistes zu sein, der sich kritisch-antiautoritär-emanzipatorisch gibt und dessen Vertreter sich bei aller karrierebedingten Anpassungsbe-

reitschaft nie von der Idee verabschiedet haben, daß der Kapitalismus das falsche Wirtschaftssystem sei, die Bundesrepublik der falsche Staat und die Deutschen darin das falsche Volk.“ Diese Verhaltensmuster haben die Revoluzzer von einst bis heute nicht abgelegt. Bundesumweltminister Trittin ließ in seinem offiziellen Briefkopf aus der Zeile „Mitglied des Deutschen Bundestages“ das Wort „deutsch“ streichen.

Wenn Rot-Grün in wagnerianischer Untergangsstimmung von den Leistungen der vergangenen sieben Jahre fabuliert, kommt dabei häufig nicht mehr heraus als der Verweis auf bestimmte Rechte für gesellschaftliche Minderheiten. Diese „Erzungenschaften“ mögen positiv oder negativ sein: Ein kohärentes Programm und eine vorzeigbare Leistungsbilanz sieht anders aus. Doch dies verwundert nicht. Denn auch die 68er wußten nicht, wofür sie waren. Sie wußten nur, wogegen: gegen die Familie, den Parlamentarismus, Eliten, bürgerliche Konventionen, Sekundärtugenden und das traditionelle Bildungs- und Erziehungssystem. Ein gewisser Erfolg ist ihnen in dieser Hinsicht auch nicht abzuspüren. Der Generalangriff auf das Leistungsprinzip hat zum Pisa-Debakel geführt. Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg, in denen sich die 68er nicht so breit machen konnten, sind erfolgreicher.

Die seit den 70er Jahren sich ankündigende demographische Katastrophe ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß Ehe und Familie als spießig und reaktionär verzeichnet wurden. Und an dem Beispiel des deutschen Außenministers kann man studieren, daß auch ein teurer Anzug kein Ersatz für eine gute Kinderstube ist, was wohl die Mehrzahl der von Fischer gedemütigten Journalisten bestätigen kann. Die von ihm gedemütigten „Parteifreunde“ bei den Grünen sollte man vielleicht vorsichtshalber gar nicht erst fragen.

Auch die Widerlegung von sechs Mythen über die 68er gelingt Klonovsky und Scherer überzeugend. Als erstes die Liberalisierungslüge: 68 bedeutete nach den Worten des Renegaten Gerd Koenen eine „Fundamental-Opposition gegen diese Gesellschaft“. Liberal galt als Schimpfwort. Liberale „Scheißer“ unter den Professoren durften ruhig in den Selbstmord getrieben werden. Sophie Dannenberg hat in ihrem Roman „Das bleiche Herz der Revolution“ die repressiven Züge von 1968 so drastisch wie erhellend beschrieben. Zweitens war mit dem Jahr 1968 auch nicht auf einmal Schluß mit den „restaurativen“ Adenauer-Jahren. Die Pille war schon seit 1961 auf dem Markt und erhöhte das Selbstbestimmungsrecht der Frau. 1965 hatten die Stones schon auf der Berliner Waldbühne gespielt und die

braven Bürger verschreckt. „Die Apo war Auswurf der Modernisierung, nicht ihr Auslöser“, zitiert der *Focus* den Politologen Franz Walter.

Mythos Nummer drei besagt, die 68er hätten eine ganze Generation vertreten. In Wahrheit haben sie an die 10.000 Menschen eine Stimme gegeben: „Das Etikett 68er scheint eher für eine Clique als für eine ganze Alterskohorte angebracht.“ Viertens wurde auch die Nazi-Vergangenheit nicht erst 23 Jahre nach Kriegsende „aufgearbeitet“. Schon 1946 erschien Eugen Kogons „SS-Staat“, bis heute ein Standardwerk über die deutschen Konzentrationslager. Joachim Fest, dessen Buch „Das Gesicht des Dritten Reiches“ auch schon 1963 erschien, hat Recht: Die 68er interessierten sich erst für die Hitler-Zeit, „als sie erkannten, daß sich die Nazi-Zeit instrumentalisieren ließ, um Angehörige der älteren Generation aus ihren Posten zu drängen“. Wer kennt die Namen Rüdiger Schreck und Klaus Frings? Daß sie wahrscheinlich niemand kennt, entlarvt den Mythos Nummer fünf. Der Tod von Benno Ohnesorg muß bis heute für die These herhalten, daß die repressive Staatsmacht auf die friedlichen Demonstranten mit Gewalt losgegangen sei. „Dagegen sind die Namen Rüdiger Schreck und Klaus Frings – der Student und der Fotograf wurden am 15. April 1968 vor dem Münchner Buchgewerbe-

haus durch Steinwürfe aus den Reihen der Demonstranten getötet – naturgemäß nicht kanonisiert worden“, so der *Focus*. Und der sechste Mythos von den antiautoritären, freigestrigen und kritischen Revoluzzern wird dadurch widerlegt, daß sie den Personenkult ins Unermeßliche trieben und mit Mao-Bibeln und Plakaten durch die Gegend liefen.

Und die Bilanz? Die 68er entdeckten die neue Lust am Sex, an der Toskana und an Südfrankreich und am Hedonismus. Die Kosten müssen andere abtragen. Diese Alterskohorte hat noch Vollbeschäftigung erlebt und wird von dem Staat, der ihnen doch immer so verhaßt war, noch eine gute Rente beziehen. Für das deutsche Volk sieht die Sache schon anders aus. Die Deutschen müssen mit dem Mentalitätswandel fertigwerden, der dafür sorgte, daß ihnen die sozialen Sicherungssysteme um die Ohren fliegen, die Demographie kriselt und Leistung geächtet wurde. „Während die Sozialdemokraten ihr Hauptziel, die Reduzierung der Arbeitslosigkeit, dramatisch verfehlt haben, setzen die Grünen ihre politischen Prioritäten in die Tat um: Zuwanderungs- und Staatsbürgerschaftsgesetz, die Homo-Ehe, den Ausstieg aus der Kernenergie sowie, als Rohrkrepierer, das sogenannte Antidiskriminierungsgesetz“, lautet die Bilanz, die der *Focus* zieht. Dem ist nichts hinzuzufügen. **A. Lange**

Schichau lebt!

Betr.: „Solidarnosc“ machte sie weltberühmt“ (Folge 32)

Ein sehr guter Artikel. Es hätte noch erwähnt werden können, daß seit 1951 die Werft „Schichau-Unterweser“ in Bremerhaven die Tradition der Schichau-Werft weiterführt.

Volkhard Thom, Hamburg

Selbst Honnecker war verärgert

Betr.: „Die ‚Großen Drei‘ zerstückeln Deutschland“ (Folge 30)

Wir freuen uns zu jedem Wochenende auf Ihre Zeitung und dann wird sie uns von Leidensgenossen aus der Hand gerissen!

Bei meinem letzten Urlaub durch Stettin mit dem Bus mußten wir

feststellen, daß die Polen die ganze Stadt beherrschen, obwohl die Grenze in der Mitte der Oder nach dem Beschluß von Jalta verläuft! Die Oder teilt Stettin in der Mitte! Der DDR-Vorsitzende Honnecker schickte jedes Jahr einen Räumungsbefehl nach Warschau, doch dieser Brief blieb stets unbeantwortet!

Leo Hennig, München

Dient die neue Linkspartei nur als Trojanisches Pferd?

Betr.: „Gysi und Lafontaine: Alter Wein in neuen Schläuchen“ (Folge 29)

In der Geschichte wiederholt sich einiges. Wenn man nicht aufpaßt, wiederholt sich das Negative. Das was sich in den letzten Wochen in der Parteienlandschaft abspielte, hatten wir schon einmal, damals in der sowjetisch besetzten Zone.

Am 21. April 1946 fand der nicht ganz freiwillige Zusammenschluß

von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) statt. Der große Bruder, die Sowjetunion, führte die Regie. Otto Grotewohl (SPD) und Wilhelm Pieck (KPD) bildeten erst eine paritätische Spitze, danach waren nur noch Kommunisten in der Führung der SED. Die Aufmüpfigen wurden ausgeschlossen und hatten dort keine schöne Vita.

Die Parallelität zu heute ist, das sich die SED, pardon PDS, und Teile

der SPD und die WASG zu einer Interessengemeinschaft zusammengekommen haben. Erst einmal paritätisch: Gregor Gysi und Oskar Lafontaine. Wie wird es weitergehen? Früher war es der Druck des großen Bruders und heute der Drang zur Macht. Werden die westlichen Teile des Zusammenschlusses sich auf Dauer behaupten können, oder werden sie untergebuttert und nutzen nur der linken Gruppierung als Trojanisches Pferd, um sich im Westen zu etablieren?

Jürgen Schultz, Soest



Gemeinsamer Gruß an die Leser der PAZ aus Heydekrug:

Der Bund Junges Ostpreußen (BJO) und die Heide-Jugend

Foto: privat

Beispiel einer höheren Zivilisation

Betr.: „Polnischer Beißreflex“ (Folge 31)

Zu der total ablehnenden Haltung zur Frage der Vertreibung bei den Polen kann man nur sagen, daß sie tatsächlich wie kaum ein anderes Volk moderner Zeiten mit geschichtlicher Blindheit geschlagen sind.

Wieviehlmal haben sie schon die dargebotene Hand der Versöhnung von den Vertriebenen ausgeschlagen? Wieviele Jahrzehnte hindurch haben sie schon die überaus friedliche und auf alle Revanche verzichtende „Charta der Heimatvertriebenen“ ignoriert, um dafür um so kräftiger die Vertriebenen als unerbittliche „Revanchisten“ in derselben Art wie von ehemaligen Stalinisten hinzustellen?

In Wirklichkeit sind sie nun teilweise zu dem geworden, was sie am meisten beim Nazismus haßten, nämlich ein Land, das unter einer äußerlich betonten Christenheit einen geschichtlichen Chauvinismus gegen die ebenfalls christlichen Deutschen verbirgt. Es ist schade, daß sie trotz vieler intelligenter Menschen bisher so wenig von der Geschichte anderer Völker lernten. Ohne ihre Vertreibung der Ostdeutschen hätte Polen als unbeflecktes Opfer der Nazis ein Beispiel einer höheren Zivilisation werden können. Mit der Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat aber müssen sie vor der Welt, ebenfalls wie die Massenmörder Hitler und Stalin, dieses vernichtende Urteil der Geschichte früher oder später auch für Polen akzeptieren ... ob sie es wollen oder nicht.

Peter P. Haase, Boca Raton, Florida, USA

Im BRD-Westen denken viele so wie Herr Stoiber

Betr.: Stoibers „Frustrierte“

Der große PDS-Erfolg in (neu) Ostdeutschland ist weder akzeptabel noch entschuldbar! Er ist bestenfalls zu verstehen, aber er zeigt moralische Abgründe einer materialistisch-egoman verkommenen Gesellschaft!

Die „Ossis“ können selbstverständlich wählen, was sie wollen, aber dann müssen sie sich in einer freiheitlichen Demokratie dafür auch (eventuell hart) kritisieren und unangenehme Wahrheiten sagen lassen.

Sagt Herr Stoiber (wie zum 11. August) nur die (wie auch zu anderen politischen Fragen und Kosten tabuisierte) unterdrückte Wahrheit zum seltsamen Wahlverhalten der

Ostdeutschen in den letzten Jahren, stehen die Ostdeutschen etwa politisch unter Denkmal- und Kritik-schutz?

Sind Leute, die per Wahlrechtsnutzung eine solche Macht haben, daß sie sogar entscheidend die Regierungsbildung im Bunde bestimmen können, Bürger und Menschen zweiter Klasse, wie nun die schrill-unaufrichtigen Gesänge der albekannten ewig Betroffenen und selbsternannten Anwälte es wieder verkünden?

Jedenfalls im BRD-Westen denken viele so wie Herr Stoiber, siehe dazu auch die Schnellumfragen bei den TV-Sendern (NTV, N24, SAT1), wo Stoiber überraschend gut abschnitt im Gegensatz zum ARD-nahen Institut infratest-dimap!

Tatsache ist doch, daß es dem merkwürdigen Wahlverhalten (mehrfach gesehen) in der Ex-DDR (alt: Mitteldeutschland, jetzt: neue Bundesländer, Ostdeutschland) zu verdanken ist, daß die BRD seit 1998 die ganz offensichtlich an Kompetenz und Ergebnis schlechteste und zudem unpatriotischste Regierung (SPD und Grüne = Antipatrioten pur und Großversager) bekommen hat! Hier wackelt doch der Schwanz mit dem Hund, hier sind die Machtverhältnisse disproportional!

Gewiß hat die CDU-FDP-Regierung Kohl ab 1990 beim Einigungsprozeß große Fehler gemacht, aber rechtfertigt dies das heutige Wählerverhalten in der vereinigten BRD-DDR?
Horst Jürgen Schäfer, Frankfurt am Main

SUPER-ABOPRÄMIE! DVD-Player und Dokumentarfilm über Ostpreußen auf DVD



Dokumentarfilm auf DVD
Eigentlich sind wir (auch) von hier
Ein Film von Margit Eschenbach
Den Spuren ihrer Familie folgend, begegnet die Filmemacherin Menschen und Landschaften und findet Narben, die Flucht und Vertreibung hinterlassen haben.

YAKUMO DVD-Player DVD Master DX4, spielt auch jede Musik-CD
Schneller Bildschiefe vorwärts/rückwärts · Titel-/Kapitelsprung (Skip)
Direkte Titelanwahl mit 10er-Tastatur · Standbild, Einzelbild Wiedergabe, Zeitlupe vorwärts und rückwärts · Quick Replay, Wiederhol Betriebsart(Repeat), Titelspeicher, Stop, Zeit-/Titel-/Kapitel-Suche Mute (Stummhaltung) · Repeat A-B (Szenenwiederholung) Einzel- und Alles-Wiederholung · Random Play/Program Play

Verschenken Sie ein Jahresabo der Preussischen Allgemeinen Zeitung oder abonnieren Sie selbst.

Einfach absenden an:
Preussische Allgemeine Zeitung
Parkallee 84/86 · 20144 Hamburg
oder am schnellsten per
SERVICE-TELEFON bestellen.
Telefon: 040/41 40 08 42
Fax: 040/41 40 08 51
www.preussische-allgemeine.de

Als Dankeschön für Ihr Abo, die Vermittlung oder das Verschenken eines Jahresabos erhalten Sie als Prämie diese zwei wertvollen Geschenke!

Ich abonniere selbst
 Ich verschenke ein Abonnement
 Ich werbe einen Abonnenten
Das Abo erhält:

Name/Vorname: _____
Straße/ Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Das Abo hat erworben/verschenkt:
Name/Vorname: _____
Straße/ Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Zahlungsart: per Rechnung per Bankeinzug
jährlich EUR 90,60. Giltig ist der jeweils aktuelle Bezugspreis.
Ihre Abbestellung gilt für mindestens 1 Jahr
Kontonummer: _____
Bankleitzahl: _____
bei: _____
Datum, Unterschrift des Kontoinhabers: _____
Widerrufsfrist: Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen ab Bestellung schriftlich bei der Preussischen Allgemeinen Zeitung/Ostpreußenblatt – Vertrieb, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, widerrufen werden. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.
Datum/2. Unterschrift: _____

Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Außerdem werden Sie mit dieser Bestellung förderndes Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Für bestehende oder eigene Abonnements oder Kurzzeitabos (unter 12 Monaten) wird keine Prämie gewährt. Prämienauslieferung solange Vorrat reicht. Lieferung nur innerhalb Deutschlands.

Polen sollten sich besser informieren

Betr.: „Polnischer Beißreflex“ (Folge 31)

Polens Politiker und polnische Medien haben uns weder zu kritisieren noch zu warnen, wenn es um innerdeutsche Themen und Politik geht.

Bei diesem für beide Seiten so sensiblen Thema, sollten sich die Polen vorher genau informieren oder informieren lassen, bevor sie völlig blind agieren. Bei dem „Zentrum gegen Vertreibungen“ geht es um eine Gedenkstätte, die gegen Vertreibung allgemein erinnern und informieren will, natürlich auch wenn es um die Vertreibung deutscher Menschen aus deren angestammter Heimat geht. Dieser Vorgang und sein Umfang sind weltweit ziemlich einmalig und bleiben ein völkerrechtliches Unrecht. Es geht also auch um das Völkerrecht, auf das hier in besonderer Form hingewiesen werden soll.

Trotz des erlittenen Unrechts haben die vertriebenen Ostpreußen, Pommern, Schlesier und Sudeten bereits 1950 in der „Charta der Vertriebenen“ jedweder Rache und Vergeltung abgeschworen. Es gingen immerhin 25 Prozent (!) des damaligen Reichsgebietes an Polen und zwar mit allen Mobilien und Immobilien. Eine jahrhundertalte Kultur und menschliche Bindungen gingen hierbei verloren. Es handelt sich also nicht nur um eine kleine Gebietsabtretung. Die Aussöhnung hat doch schon lange begonnen, oder haben die Polen vergessen,

daß es Deutschland war, das erheblichen Anteil an dem beschleunigten Beitritt ihres Landes zur EU hatte? Haben sie vergessen, daß Deutschland die höchsten Beiträge für die EU aufbringt, an denen auch die Polen respektabel partizipieren? Das zarte Pflänzchen Vertrauen, das zwischen Polen und Deutschen entstanden ist, durch wirtschaftliche Zusammenarbeit / Beteiligungen vieler deutscher Firmen, kulturellen Austausch und einen beginnenden Tourismus, wird nicht von den Deutschen gefährdet, sondern von dem dummen und verantwortungslosen Spektakel, das jetzt von polnischen Politikern und Medien wieder einmal betrieben wird. Aber wem nützt dieser Unfug?

Ich weiß aus vielen Gesprächen mit Polen, die ich auf meinen verschiedenen Reisen dort getroffen habe, daß das Volk ganz anders denkt, denn sie wissen und spüren es: Es gibt keinen deutschen Revanchismus, sie können sich ihrer neuen Heimat sicher sein. Aber wir Deutschen dürfen auch um etwas mehr Respekt bitten, wenn es um eine Gedenkstätte gegen Vertreibung geht. Hierbei geht es um das Gedenken an viele Millionen Vertriebene, an Menschen, die ihre Wurzeln, ihre Heimat, ihr Leben durch die Umsiedlungsmaßnahmen verloren haben. Wir wollen doch alle, daß nirgendwo auf der Welt Situationen entstehen, durch die Menschen ihre Heimat verlieren müssen!

Winfried Schiewer, Allendorf

Unverschämte Forderung

Betr.: „Berlin – wo denn sonst?“ (Folge 32)

Ich habe dem „Tag der Heimat“ in Berlin beigewohnt. Besonders die Rede des früheren UN-Hochkommissars war sehr eindrucksvoll. Eine Sache war aber unverschämte – sowohl von Schily als auch von Merkel. Es ist ein Unding, daß deutsche Politiker Milliarden Entschädigungen für NS-Opfer hinlegen, während sie einhellig fordern, daß materielle Entschädigung für deutsche Vertriebene unter keinen Umständen eingefordert werden dürfe.
J.-H. Gätjen, Kiel

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwährend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

»Samenkörner von großen Wahrheiten«

Vor 275 Jahren wurde der Philosoph und Schriftsteller Johann Georg Hamann in Königsberg geboren / Von Silke OSMAN

N och heute ist Johann Georg Hamann, sein Leben und sein Werk Thema der wissenschaftlichen Forschung im In- und Ausland. Mag man als Laie auch nicht viel mit seinen Schriften anzufangen wissen, so mag mancher es dennoch mit Johann Wolfgang von Goethe halten, der einmal feststellte: „Solche Blätter verdienen auch deswegen sibyllinisch genannt zu werden, weil man sie nicht an und für sich betrachten kann, sondern auf Gelegenheit warten muß, wo man etwa zu ihren Orakeln seine Zuflucht nehme. Jedemal, wenn man sie aufschlägt, glaubt man etwas Neues zu finden, weil der einer jeden Stelle innewohnende Sinn uns auf eine vielfache Weise berührt und aufregt.“

Hamann, der aus einfachen Verhältnissen stammte, klagte einmal über seine Schulbildung: „Unterdessen ich mich wirklich in einigen Dingen weiter befand, als ich es nöthig hatte, so war ich dafür in weit nützlichern und nöthigern ganz zurückgelassen, weder Historie, noch Geographie, noch den geringsten Begriff von der Schreibart, Dichtkunst. Ich habe den Mangel der beiden ersten niemals gehörig ersetzen können, den Geschmack an der letzteren zu spät erhalten, und finde mich in vieler Mühe meine Gedanken mündlich und schriftlich in Ordnung zu sammeln und mit Leichtigkeit auszudrücken.“

Und von Leichtigkeit ist nun wahrlich nicht die Rede, studiert man die Schriften des Königsbergers. Johann Gottfried Herder, der Freund aus Mohnungen, aber erkannte: „Der Kern seiner Schriften enthält viele Samenkörner von großen Wahrheiten, neuen Beobachtungen und eine merkwürdige Belesenheit; die Schale derselben ist ein mühsam geflochtenes Gewebe von Kernaussprüchen, Anspielungen und Wortblumen.“

Hamann selbst sprach dagegen kritisch über seine Texte: „Ein Lay und Ungläubiger kann meine

Schreibart nicht anders als für Unsinn erklären, weil ich mit mancherley Zungen mich ausdrücke, und die Sprache der Sophisten, der Wortspieler, der Creter und Araber, der Weißen und Mohren und Creolen rede, Critick, Mythologie, rebus und Grundsätze durcheinander schwatze“, bekannte er in einem Brief 1759. Er plante, seine gesammelten Werke herauszugeben und wollte seine Schriften noch einmal gründlich überarbeiten – schließlich „gewissenshalber kann ich weder dem Verleger noch dem Publico zumuten, unverständliches Zeug zu lesen“. Doch dazu kam es nicht mehr.

Die Bedeutung des Denkers vom Pregel für die Literatur- und Geistesgeschichte, der übrigens alle seine Veröffentlichungen nicht unter seinem eigenen Namen erscheinen ließ und sich durch ungewöhnliche

Der Leser sollte zum Denken gezwungen werden

Belesenheit und als ausgezeichneter Sprachenkenner auswies, sollte dennoch nicht unterschätzt werden. Die Dunkelheit des Hamannschen Stils, so Hans Eichner über den Königsberger im Nachwort zu den 1994 bei Nicolai herausgekommenen „Ausgewählten Schriften“, sei eine bewußt entworfene Strategie gewesen, um den Leser zum Selbstdenken zu zwingen. Inhaltlich sei es Hamann stets „um die Verteidigung seines Glaubens gegen die rationalistischen und deistischen Zeitströmungen“ gegangen. Als einer der ersten Gegner der Aufklärung sei er aus dem geistigen Leben des 18. Jahrhunderts nicht wegzudenken.

Johann Georg Hamann wurde vor 275 Jahren, am 27. August 1730, in Königsberg als Sohn eines Baders und Wundarztes geboren, stammte also aus „kleinen Verhältnissen“. Er besuchte die Kneiphöfische Schule und nahm 1746 ein Studium an der Albertina auf, hörte Theologie und Philosophie, wechselte zur Jurisprudenz, beschäftigte sich jedoch weit aus mehr mit Dichtung und Philologie. Ohne einen Abschluß verließ er nach 1751 die Universität und wurde Hauslehrer. Einige Zeit hielt Ha-

mann sich in Riga bei Freunden auf, ging nach Kurland, um dort erneut als Hauslehrer zu arbeiten.

Der zu Krankheiten und Depressionen neigende Mann kehrte 1755 nach Riga zurück, wo er im Hause der Kaufmannsfamilie Berens lebte. Nach dem Tod der Mutter (1756) unternahm Hamann im Auftrag der Familie Berens eine ausgedehnte Reise nach London, deren Zweck bis heute zu Spekulationen Anlaß gibt. Manche munkelten gar von diplomatischen, sprich geheimen Aufträgen. Der Zweck der Reise wurde hingegen nicht erfüllt, Hamann geriet in dunkle Kreise und erlebte in London, nach ausführlichem Studium der Bibel, eine entscheidende Hinwendung zur Religion.

Nach Königsberg zurückgekehrt (1759), widmete er sich ganz seinen philosophischen Studien; im selben Jahr erschien auch seine erste bedeutende Veröffentlichung „Sokratische Denkwürdigkeiten“. Finanzielle Schwierigkeiten führten jedoch dazu, daß Hamann nach einiger Zeit wieder eine Stelle annehmen mußte. Als Packhofverwalter – von keinem Geringeren als Immanuel Kant auf diese Stelle empfohlen – fristete er schließlich seinen Lebensunterhalt. Seine Arbeit war ihm zutiefst zuwider, stand sie doch auch in starkem Kontrast zu seinem sonstigen Leben, das geprägt war von Kontakten zu Immanuel Kant, dessen Schriften Hamann immer wieder kritisierte, zu Johann Gottfried Herder, der ihn bewunderte, zu Theodor Gottlieb von Hippel, dem Oberbürgermeister von Königsberg, mit dem er eng befreundet war. 1785 schrieb Hamann an Herder: „Hippel ist hier mein nächster Freund und ein großer Wohlthäter meines Sohns. Wir speisen die Woche wenigstens Einmal bey ihm.“ Und Jacobi verkündete er: „H. nannte mich mehr wie einmal einen Engel, weil er einen Freund nöthig hat sein Herz auszuschütten.“

Der Kontakt zu Friedrich Heinrich Jacobi war über Herder entstanden. Er machte Hamann wiederum mit der Fürstin Amalie von Gallitzin und dem „Kreis von Münster“ bekannt. Auf einer Reise dorthin erkrankte Hamann und starb am



Johann Georg Hamann: Über seine Schriften wird noch heute diskutiert

Foto: Archiv

21. Juni 1788 in Münster. Seine letzte Ruhestätte fand er zunächst im Garten der Fürstin, dann auf dem Überwasserfriedhof in Münster.

Johann Georg Hamann wurde oft mit dem Beinamen „Magus in Norden“ tituliert. Hans Eichner bezieht diesen Beinamen auf die drei Magi aus dem Morgenland. „Er sollte“, so Eichner, „Hamann also als einen Denker charakterisieren, der den ‚Stern‘ gesehen hat und ihm folgt, wurde aber bald als Anspielung auf die Dunkelheit und den prophetischen Ton seiner Schriften mißverstanden.“ Anders als Eichner deutet der 1909 in Riga geborene und in England aufgewachsene Ideengeschichtler Isaiah Berlin den Begriff „Magus in Norden“. In seinem gleichnamigen Buch (Berlin Verlag, 1995) erläutert er, der Name sei ursprünglich von F.K. von Moser auf Hamann angewendet worden, der 1762 einen Essay über „Die Magi aus Morgenlande“ geschrieben habe. Vor allem aber gehe der Beiname auf „Kepplers Voraussage zurück, daß die Venus im Juni 1761 ihre Bahn um die Sonne verlassen wür-

de. Außerdem brach in diesem Jahr Captain Cook in Richtung Südsee auf, der Orientalist Michaelis überredete Friedrich V. von Dänemark, eine Anzahl von Gelehrten nach Arabien zu entsenden, und Hamann widmete sich dem Studium des Koran. Daher jene Verbindung von Ereignissen, die den Begriff der Magi, einen Stern und eine Expedition in den Osten im leicht ironischen, liebevollen Beinamen ‚Der Magus in Norden‘ zusammenführte.“

Isaiah Berlin nennt Johann Georg Hamann einen „der wichtigen, wenn auch oft ärgerlichen Partisanen der Zivilisation“, den „leidenschaftlichsten, konsequentesten, radikalsten Gegner der Aufklärung und aller Formen des Rationalismus seiner Zeit“.

Wenn auch Hamann in vielen geschichtlichen Darstellungen „eine Randfigur der zentralen geistigen Bewegung“ bleibe, lohne es sich dennoch auch heute noch, diesen unbekannt Hamann zu studieren; „er ist einer der wenigen ganz und gar originären Kritiker der Neuzeit“. ■

Brückenbauer zwischen Ost und West

Zum 40. Todestag: Vortrag und Publikation zu Leben und Werk des Dichters Johannes Bobrowski aus Tilsit

I ch will noch leben, ich muß noch etwas tun. Ein paar Gedichte sind noch nicht geschrieben, vielleicht zwölf Gedichte, und dann der Roman. Und überhaupt – was aus allem werden soll“, klagte Johannes Bobrowski seinem Freund Christoph Meckel kurz vor seinem Tod. Mit einer Blinddarmentzündung wurde Bobrowski am 30. Juli 1965 ins Krankenhaus eingeliefert; zwei Tage zuvor noch hatte er die letzten Zeilen für seinen zweiten Roman „Litauische Claviere“ niedergeschrieben. Als er dann Wochen später (am 2. September) starb, erlag er den Folgen eines Gehirnschlags.

Oft haben wir an dieser Stelle das Leben des Dichters und Schriftstellers nachgezeichnet, der am 9. April 1917 in Tilsit geboren wurde. Eines Mannes, der durch das Landschaftserleben im Krieg erste Oden schrieb und der sich nach der Entlassung aus sowjetischer Gefangenschaft in Ost-Berlin niederließ, weil dort seine Eltern lebten, der in Ost und West gleichermaßen zunächst Lyrik, später Prosa publizierte. Brücken zu schlagen zwischen Ost und West, zwischen Vergangenheit und Gegen-

wart – das mag seine Aufgabe in dieser Welt gewesen sein. Bindungen an den gewachsenen Lebensraum wollte er darstellen, „gültig darstellen, ehe es ganz vergangen ist“. Bobrowski hat einen Weg beschritten, der „absolut einsam“ ist, den Weg des Dichters. „Niemand kann ihm sein Tun abnehmen.“ – Wenn aber heute, vier Jahrzehnte nach seinem Tod, sich immer noch Menschen in Ost und West mit den Worten dieses Dichters beschäftigen, dann war sein Tun nicht vergebens.

Mit dem Schriftsteller Johannes Bobrowski befaßt sich der Germanist und Historiker Jörg Bernhard Bilke, lange Jahre Chefredakteur der *Kulturpolitischen Korrespondenz* in Bonn, in einem Vortrag, der unter dem Titel steht: „Auf der Suche nach Sarmatien“. Zu hören am Donnerstag, 8. September, 19 Uhr, im Düsseldorf Gerhart-Hauptmann-Haus. – „Die Gedichte Johannes Bobrowskis beschwören, er nannte es ‚poetische Landnahme‘, eine 1945 untergegan-



Johannes Bobrowski: Sein Werk wird von Wissenschaftlern untersucht. Foto: Archiv

gene Landschaft Osteuropas, der er den Namen ‚Sarmatien‘ gab. Es sind Gedichte der Erinnerung an Dörfer, Flüsse, Wälder, in die Schicksale der Bewohner, Legenden und Visionen eingewoben sind“, liest man in der Vorankündigung des Vortrags. „Der Roman ‚Levins Mühle‘ spielt in einem westpreußischen Dorf 1874 an der unteren Weichsel, wo einem jü-

dischen Müller von einem deutschen die Mühle weggeschwemmt wird. In der Erzählung ‚Litauische Claviere‘ geht es um die Entstehung einer Oper im Memelland, die 1936 von Deutschen und Litauern, drei Jahre vor Kriegsbeginn, gemeinsam geschrieben wird. Auch seine anderen Erzählungen sind seismographische Aufzeichnungen der Spannungen zwischen Deutschen, Polen, Litauern und Juden in den 30er Jahren.“

Der Dichter als Brückenbauer steht auch im Mittelpunkt einer neuen Publikation. 29 Beiträge von Autoren aus zehn Ländern enthält ein Band aus dem Martin Meidenbauer Verlag, München, der aktuelle Studien zu Leben und Werk Bobrowskis vereint: **Unverschmerzt. Johannes Bobrowski – Leben und Werk** (Hrsg. Dietmar Albrecht, Andreas Degen, Helmut Peitsch, Klaus Völker, 472 Seiten, brosch., 19,90 Euro). Es handelt sich um die überarbeiteten Beiträge eines internationalen Colloquiums, das 2003 unter dem selben Titel in Berlin-Wannsee veranstaltet wurde. Über 100 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie

Interessierte aus Polen, Litauen, Lettland, Rußland, Tschechien, Irland, den Niederlanden, Großbritannien, Kanada und Deutschland nahmen an dieser Tagung teil. Erstmals wird nun in dem Buch versucht, das breite thematische und methodische Spektrum der internationalen Forschung aufzuzeigen.

Neben detaillierten Analysen einzelner Texte gibt es ein bisher unbekanntes Interview mit dem Dichter, aber auch Studien zur Rezeption seines Werks in Europa und Amerika zu lesen. Ein Band für Fachleute, aber auch für Laien, die sich intensiv mit dem Werk des Dichters und Schriftstellers aus Tilsit beschäftigen wollen. Daß die von Rafal Zytyniec, geboren 1976 in Lyck, erhobenen Vorwürfe gegen *Das Ostpreußenblatt*, es habe Bobrowski erst nach seinem Tod und dann auch nicht ausreichend und kenntnisreich gewürdigt, allerdings nicht von allen Lesern geteilt werden dürften, mag in diesem Zusammenhang bemerkt sein. Dennoch ist der vorliegende Band eine wahre Fundgrube für alle Freunde des Dichters und seines Werks. **hb**

Ein alter Teller

Von Renate DOPATKA

Noch zwei Tage, dann war ihr Urlaub zu Ende. Zeit, sich nach ein paar netten Erinnerungsstücken umzusehen, fand Claudia. Der heutige Nachmittag schien ihr dafür besonders geeignet zu sein. Die Männer würden erst im Laufe des Abends von ihrer Schnapsprobe zurück sein, so daß genügend Zeit zum Stöbern blieb. Und so machten sich die beiden Cousinen, kaum daß ihre besseren Hälften Richtung Obstbrennerei entschwinden waren, in bester Einkaufslaune auf den Weg.

Herrliche Ferientage lagen hinter ihnen. Zwischen den westlichen Ausläufern des Schwarzwaldes und der Rheinebene gelegen, war das schmucke Fachwerkstädtchen, in dem die beiden Ehepaare Quartier bezogen hatten, ein idealer Ausgangspunkt für Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung. Sie hatten dunkle Tannenschluchten und sonnige Rebhänge bewandert, hatten Freiburg und dem nahen Frankreich ihre Aufwartung gemacht und waren mutig genug gewesen, im schummrig-kühlen Weinkeller der „Hex vom Dasenstein“ an den Kragen zu gehen.

Souvenirs hatte man eigentlich schon reichlich beisammen, zumindest Souvenirs der gänglichen Art. Im kühnsten Winkel der Ferienwohnung lagerten bereits mehrere Flaschen Klingelberger, Honiggläser und ein großer Korb voll mit Vesperpezialitäten. Für die Mannsleute war der Fall damit erledigt. Bessere Mitbringsel als die, welche man sich daheim genüßlich auf der Zunge zergehen ließ, konnte es doch gar nicht geben.

Claudia und Uschi dachten da ein wenig anders. Den freien Nachmittag würden sie dazu nutzen, sich ein wirklich schönes, gediegenes Teil zuzulegen, das die Erinnerung an diesen gemeinsamen Urlaub für alle Zeit aufrechterhielt. Etwas Dauerhaftes, Wertbeständiges mußte also her; etwas, das nicht über kurz oder lang den Weg alles Irdischen ging. „Wie wär's mit Keramik?“ schlug Claudia vor. „In dem kleinen Laden am Rathaus hab' ich wundervolles Geschirr gesehen.“ – „Ohne mich“, seufzte Uschi. „In meinen Schrank paßt kein einziges Service mehr rein. Aber schau mal, da drüben steht so'n uralter Trödelladen, der hat bestimmt originelle Sachen auf Lager!“

Tatsächlich wimmelte es in dem verwinkelten, schmalen Fachwerkhäuschen nur so von Zier- und Gebrauchsgegenständen älteren und jüngeren Datums. Fast jedes Stück rief bei den Cousinen Entzücken hervor. Da gab es altes Tafelsilber, Puppen aus Zelluloid, verschnörkelte Lämpchen und –

Wandteller in rauen Mengen! Letztere zogen besonders Uschi in ihren Bann. So ein Wandteller war nicht nur dekorativ, er beanspruchte auch wenig Platz im Koffer! Sie begutachtete gerade ein ausgemacht schönes Exemplar aus Limoges, als Claudia sie plötzlich am Arm faßte: „Lies doch mal, was da draufsteht!“ stieß sie leise hervor und deutete auf ein schlichtes, goldgerändertes Tellerchen. Uschi, leicht kurzsichtig, kniff die Augen zusammen: „Mohrungen, Ostpreußen ...“ Sekundenlang Schweigen, dann hellte sich ihr Gesicht auf: „Mohrungen ... – Omi stammte doch aus Mohrungen!“

Zeit und Raum vergessend, betrachteten die Cousinen das ihnen wohlbekannte Motiv: Das Rathaus von Mohrungen mit seinem prächtigen Staffeldach. Als Federzeichnung hatte es in Großmutter's Wohnzimmer über dem Sofa gehangen, zusammen mit anderen Bildern, die ihre Omi aus der im Inferno versinkenden Heimat in den Westen hinübergerettet hatte.

Nicht traurig oder von Bitterkeit erfüllt, sondern amüsant und lebhaft hatte die Großmutter aus der Vergangenheit zu erzählen gewußt. So manche Familienaneddote, Dorfgeschichte oder Gruselmär war bis heute fest im Bewußtsein ihrer Enkelinnen verankert. Und jetzt standen sie hier, in diesem badischen Antiklädchen, und hatten Mohrungen vor Augen! Eine seltsame Stimmung überkam sie. Dieser Teller war nicht nur ein Relikt aus alter Zeit, er stand für die eigene Kindheit, die eigene Geschichte ...

Claudia sah sich nach dem Inhaber um, einem fröhlichen jungen Mann, der bereitwillig Auskunft gab. Besagter Teller stammte aus dem Nachlaß eines in dieser Gegend ansässigen alten Mannes. Die Angehörigen hatten kein Interesse an dessen Hinterlassenschaft gezeigt, und so hatte man ihn mit der Haushaltsauflösung beauftragt. Auf diese Weise war der Wandteller in seinen Besitz gelangt. „Und Sie interessieren sich für Mohrungen?“ – „Würden wir sonst fragen?“ erwiderte Claudia leise. „Unsere Familie war über Generationen dort ansässig. Was soll er denn kosten, der Teller?“ Der junge Mann lächelte. „Sie kostet er gar nichts. Er hat ja auf Sie gewartet. Jetzt schließt sich der Kreis – Happy End würde ich sagen!“

Dankbar und nachdenklicher Stimmung traten Claudia und Uschi den Heimweg an. Ein Souvenir hatten sie kaufen wollen. Es stand in keiner Beziehung zu dieser Wald- und Rebenlandschaft. Doch die Cousinen wußten: Ein besseres hätten sie gar nicht finden können. ■

Dicke Melk un Bohne

Von Erna RICHTER

Henriette und Hermann hatten sich in jungen Jahren kennengelernt. Es war die große Liebe gewesen, und sie sollte für das ganze Leben halten, für ein gemeinsames Leben. Eine Hochzeit war die Krönung ihrer Liebe. Viele Jahre waren seitdem ins Land gegangen. Die Liebe war inzwischen erkaltet. Jeder ging seinen eigenen Weg. Hinzu kamen Existenz- und Geldsorgen. Täglich gab es Auseinandersetzungen. Henriette überlegte immer wieder, wie sie dem allen ein Ende setzen und Hermann loswerden konnte. Da kam ihr ein genialer Gedanke. Sie meinte, durch eine einseitige Kost die Kräfte von Hermann schwinden zu lassen. Letztendlich würde der Tod eintre-

ten. Jeden Tag bekam Hermann nun dicke Milch und Saubohnen vorgesetzt. Aber an seinem gesundheitlichen Befinden änderte sich nichts. Hermann hatte wohl den hinterhältigen Plan seiner Frau durchschaut. Sein Kommentar bei einem zur Gewohnheit gewordenen Disput war dann: „Dicke Melk un Bohne / ware mie nuscht dohne. / Sete Melk un Fienbrot, / dat es mien bettrere Dod.“ Henriette fiel auf ihren Hermann herein und glaubte nun, daß dieser Tip Erfolg haben könnte. Aber auch dieser Versuch, ihn mit süßer Milch und Feinbrot aus dem Weg zu schaffen, mißlang. Sie gab ihr Vorhaben schließlich auf und mußte ihren Hermann noch viele Jahre ertragen. ■



Neu: »Ostpreußen und seine Maler« 2006

Arno Jenet schuf dieses Motiv eines ostpreußischen Dorfs. Es ziert das September-Blatt des neuen Kalenders „Ostpreußen und seine Maler“. Auch für das Jahr 2006 wurden wieder bekannte und weniger bekannte Künstler gefunden, die mit einem typischen Werk in diesem beliebten Kalender vertreten sind. Die bunte Reihe reicht von Arthur Degner über Ludwig Dettmann und Max Lindh bis zu Heinz Sprenger und Rolf Burchard. Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* / *Das Ostpreußenblatt* können auch dieses Mal wieder den begehrten Begleiter durch das Jahr zu einem besonderen Preis bestellen. Bis zum 30. September gilt der Subskriptionspreis von 18,50 Euro (im Buchhandel später 20,50 Euro). Bestellungen bitte direkt an den Schwarze Kunstverlag, Richard-Strauss-Allee 35, 42289 Wuppertal, Fax (02 02) 6 36 31.

Liebenswertes Chaos

Von Gabriele LINS

Urlaub. „Wohl dem, der ihn hat“, sagte Heinz Erhard einst in einem Gedicht. Also, wir haben ihn und sind wieder einmal mit unserem „Wolkenkuckuckshaus“, sprich Wohnwagen, unterwegs. Ungarn mit seinen goldgelben Sonnenblumenfeldern ist dieses Mal unser Ziel.

Dort angekommen, begegnen wir erst einmal der Armut, denn im Vorbeifahren sehen wir die Menschen vor ihren abbruchreifen Häusern in staubtrockenen Gärten schufteln.

Endlich haben wir unseren Campingplatz erreicht und richten uns ein. Ich, die Mutter der Kompanie, habe keine ruhige Minute, bis auch unsere älteste Tochter mit ihren beiden Freunden im altersschwachen Vehikel eingetrudelt ist. Wir haben der Tochter völlige Freiheit und Unabhängigkeit zugestanden. Mit 17 ist man schließlich kein Kind mehr. Deshalb müssen wir doch leise lächeln, als die drei Jungvögel ihre Zelte schräg gegenüber unserem Wohnwagen aufstellen, obwohl anderswo noch so viel Platz wäre. Einer unserer Tische und drei Stühle werden uns quasi von dem Hintern weggezogen und in die beiden Jungvogelnester plaziert. – Wollte Jo nicht selbstständig sein?

Urlaub, ach Urlaub! Es könnte alles so schön sein, wenn wir nicht Tag und Nacht aus dem Schlaf gerissen würden; unsere „Villa Campina“ liegt nämlich nahe einer Bahnlinie, durch niedrige Hecken nur notdürftig geschützt. Donnert ein Zug vor-

über – und das geschieht fast jede Stunde – erzittert der Wohnwagen samt Vorzelt in seinen Grundfesten und die Sirene des Bähnleins gleicht der Posaune des jüngsten Gerichts. Aber das ist noch nicht alles.

Jeden Tag um Sieben, wenn die Welt eigentlich noch in Ordnung sein sollte, weckt uns der Gemüsemann – pünktlich wie die aufgehende Sonne – mit kreischender Hupe aus unseren vorletzten Träumen. Und als sei dies noch nicht genug, klappert Ference mit seiner Wagentür und legt uns mit Donnerstimme sein Sprüchlein vor. „Gurkli, Tomatli, Zwiebli, Kartoffli, Kohlrabli, Pfirsigge – oalles!!!“ – Manchmal würden wir ihm gern das Hälsli umdrehen oder ihm sein sämtliches Gemüse in dasselbe stecken, aber oalles!

An einem Nachmittag besuchen wir mit unseren Zeltcampingbarn einen ungarischen Hof hoch oben auf einem Hügel. Der Bauer lebt mit seiner Familie in einem ruinenähnlichen Gebäude; das Dach aus Riedgras ist regendurchlässig und muß wohl seine 100 Jahre auf dem Buckel haben. Ich taufe die Bude sogleich auf den Namen „Wolken-durchzugsheim“. Gemein, nicht?

Unsere Begleiter fotografieren ungeniert, denn das hier vorherrschende Chaos wirkt fast schon wieder liebenswert. Besonders originell ist die kleine Küche. Hühner, Enten, Katzen und Hunde spazieren Futter suchend zwischen Töpfen und Pfannen herum. Zwei große

grob geflochtene Körbe stehen neben einem altersschwachen, vom Schmutz verkrusteten Herd. In dem einen Korb hat sich die schwarze Hauskatze zu einem Schläfchen zusammengerollt, in dem anderen liegen zwischen ein paar Scheiten Klafterholz und fleckigen Wischtüchern saubere Hühnerreier.

Am Abend bewirbt uns der nette Bauer mit Räucherspeck und herbem Wein. An langen Spießen hält er Speckscheiben über die Glut eines offenen Feuers. Das heruntertropfende Fett wird mit lockeren Weißbrotschnitten aufgefangen. Mir schmeckt das besser als jedes Schnitzel. Im Augenblick jedenfalls.

Es ist dunkel geworden und die Szene wirkt romantisch. Jo und Nina, unsere Domschatzen, singen Lieder zur Gitarre. Lucas, der kleine Bruder, klopft mit zwei Löffeln den Takt dazu. Verschlafen zirpt ein Vogel und ein Schwein grunzt Antwort. Das Feuer wirft roten Schein und läßt die Augen geheimnisvoll leuchten.

Beim Abschied, spät in der Nacht, schenken wir der Bäuerin hauchfeine Seidenstrümpfe, die sie wohl nie anziehen wird, und ihren beiden Kindern Schokolade. Die Drei freuen sich so sehr darüber, daß ich mich beschämt fühle.

Irgendwann machen wir uns dann wieder auf den Weg in die Heimat, wo Döner, Big Mac, Pommes und andere leckere „deutsche“ Gerichte auf uns warten. ■

Abschied vom Sommer

Von Hannelore PATZELT-HENNIG

Der Sommer singt sein Abschiedslied, die letzten Dahlien flammen. Matt sind die Blätter, fahl das Ried, vor dem die Schwäne schwammen. Es weht ein kühler, herber Hauch durch den noch jungen Tag.

Und Netze glänzen früh am Strauch voll zartem Taubelag. Die Stimmen, die der Sommer trug, sind lange schon verbannt. Sie schwanden mit dem Vogelzug. Nun ist es still im Land.



Ausstellung in Koblenz: Haribo – mit dem Goldbären zur Kultmarke

Foto: Museum

... machen nicht nur Kinder froh

oder Wie Goldbären und Co. die Festung Ehrenbreitstein erobern

Wenn in diesen Wochen wieder die ABC-Schützen in Richtung Schule streben, dann werden die meisten von ihnen von kleinen bunten Bärchen „begleitet“, die in der ebenso bunten, wenn auch oftmals keineswegs kleinen Schultüte versteckt sind. Sie sollen den Jüngsten den Schritt ins ernste Leben versüßen. Sie sind sicher nicht allein in ihrem Versteck, die Gold- oder Gummibärchen – Lakritz als Stangen oder aufgerollt zu Schnecken, als Konfekt, bestreut mit Kokosraspel oder gefüllt mit Zuckerzeug findet sich ebenfalls in den Schultüten (natürlich auch Gesundes wie Apfel, Banane oder Müsli-

riegel). Favoriten bei Kindern aber sind allemal die Gummibärchen. Kaum eine Familienfeier, an der sie nicht teilnehmen, und nicht nur dann, wenn kleine Kinder anwesend sind. Auch große Leute haben ihr Herz für die kleinen bunten Bärchen entdeckt; dazu muß man auch nicht so „berühmt“ sein wie Entertainer Thomas Gottschalk, der sie verschmausen darf und dafür sogar noch Geld bekommt!

Und so werden die Herzen all derer höher schlagen, die ohne ihre tägliche Dosis Gummibärchen oder Lakritzschnecken nicht leben können, wenn sie hören, daß eben diese

Bärchen, die Schnecken, die Teufel, nicht zu vergessen die Pfeifchen und Stangen aus Lakritz. Natürlich erfährt der erwachsene Besucher auch allerhand über die Firmengeschichte, die hinter diesen Produkten steht.

Es war im Jahr 1920, als sich der gelernte Bonbonkocher Hans Riegel (1893–1945) mit seiner Firma „Haribo“ in Bonn selbständig machte. Das Startkapital war ein Sack Zucker, und die Ausrüstung bestand aus einer Marmorplatte, einem Hocker, einem gemauerten Herd, einem Kupferkessel und einer Walze. Zehn Jahre später sind es schon etwa 160 Mitarbeiter, die für Hans Riegel in

Bonn arbeiten. Neben dem „Tanzbären“, einer Figur aus Fruchtgummi und Urahn des heutigen Gummibärchens, produziert man mittlerweile auch Lakritz. Die Schnecke wird zu der Zeit noch per Hand aufgerollt – eine Maschine, die diese mühevollen Arbeit übernahm, erfand Sohn Paul Riegel erst viel später.

Mitte der 30er Jahre schließlich wird der Werbeslogan „Haribo macht Kinder froh“ erfunden; drei Jahrzehnte später wird er sinnvoll ergänzt: „... und Erwachsene ebenso.“ Kaum ein Konsument, ganz gleich welchen Alters, der diesen Spruch und die dazugehörige Melodie nicht kennt. Die Firma ist bis auf etwa 400 Mitarbeiter angewachsen, als Hans Riegel stirbt. Der Zweite Weltkrieg und seine Einschränkungen auf das tägliche Leben haben auch vor „Haribo“ nicht halt gemacht. Die Söhne Hans und Paul übernehmen 1946 die Regie, und beschäftigen 1950 bereits etwa 1.000 Menschen.

Der deutsche Markt ist für „Haribo“ bald zu klein, man expandiert. Fusionen und Niederlassungen in ganz Europa vergrößern das Unternehmen. Bald gehören auch Firmen wie die Dr. Hillers AG und die Marke „Vademecum“ zum „Imperium“, das so nun auch Produkte zur Zahn-

pflege herstellt (ein Schelm, wer Böses dabei denkt). 1986 übernimmt „Haribo“ die Firma Edmund Münster, die den Kaubonbon „Maoam“ herstellt, wie die Gummibärchen heute eine Kultmarke.

Frankreich, England, Spanien, Italien, die skandinavischen Länder und Benelux – sie alle werden mit „Haribo“-Produkten beliefert oder stellen sie selbst her. 1982 gelang der Sprung über den großen Teich, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs der in den Osten Europas, nach Tschechien und Ungarn. 2001 übernahm „Haribo“ einen türkischen Fruchtgummihersteller – der Weg in den arabischen Raum war gebnet.

Hans Riegel jun., der gemeinsam mit seinem Bruder Paul die Firma leitet, hat offensichtlich einen Reicher für Trends. Es heißt, er liebe sich von Jugendmagazinen, Comics und Kinderserien inspirieren. „Ich liebe Kinder“, sagte er einmal, „ich beobachte sie gern. Sie sind meine Kunden.“ Mittlerweile ist die dritte Generation Riegel mit am Werk – erfolgreich, wie man sieht. Die süßen Begleiterscheinungen dieser spannenden Firmengeschichte haben nicht nur die Festung Ehrenbreitstein erobert, sondern auch die Herzen vieler Naschkatzen in aller Welt. **Silke Osman**

Ideen von der Weser

Der Kunstschmied Georg Petau formt Vielfältiges aus Eisen

Jeder, der hineinklettert, kann sich wie Münchhausen fühlen“, erläutert Georg Petau sein neues Werk, während er auf der im Durchschnitt 90 Zentimeter messenden Kugel des von ihm geschaffenen Münchhausen-Denkmal sitzt. Die Plastik, die anlässlich des 750. Stadtjubiläums als Geschenk der Geburtsstadt des echten Barons Münchhausen an Kö-

beide Namen gleichwertig nebeneinander erscheinen zu lassen.

Die Kanonenkugel als Symbol der Zerstörung besteht ebenfalls aus zwei Hälften, die zusammenschweißt ein Ganzes ergeben, quasi das Gegenteil der Zerstörung. Durch die ausgeschnittene Silhouette Münchhausens kann man über Grenzen hinweg klettern. Die Skulptur soll den Lauf der Geschichte dokumentieren; das Projekt Münchhausen will bewirken, Freunde zusammenzubringen und aus Fremden Freunde werden zu lassen.

Der 42-jährige Kunstschmied Georg Petau aus Polle hat neben einer Lehre als Kunstschmied, als deren Abschluß er Ländesseiger in Nordrhein-Westfalen wurde, eine Aluminumschweißausbildung absolviert, bestand 1990 die Meisterprüfung und arbeitet mit seinem Team seit 1991 im eigenen Meisterbetrieb in Polle an der Weser. 1997 kam eine Betriebsgründung in Härmelschenburg hinzu. 2002 schloß Georg Petau einen dreimonatigen Maestrokurs als Restaurator in Venedig ab.

Neben traditioneller und zeitgemäßer Schmiedekunst stellt sein Betrieb sakrale Artefakte wie Altarkreuze und Leuchter für Kirchen und Klöster her. Er fertigt aber auch Gegenstände zur Wohnraum- (Treppengeländer, Lampen) und zur Gartengestaltung (Gartentore, Geländer, Brunnenbaldachine). Petau geht dabei auf die individuellen Wünsche seiner Kunden ein. „Sie sind der wichtigste Mensch in meinem Unternehmen“, begrüßt Petau seinen Kunden. „Aus einem ersten

Gespräch entwickelt sich eine Vision und daraus ein Modell.“ Mit viel Feingefühl ergänzt der Kunstschmied die Idee des Kunden, faßt sie in Materie und macht sie so, im wahrsten Sinne des Wortes, greifbar. Höchste Anforderungen stellt Petau selbstverständlich an Qualität und Ausführung. Auf diese Weise entstehen seltene Unikate wie etwa ein Gartentor in Form der zum Haus gehörenden Hausnummer oder ein 50 Millimeter hoher geschmiedeter Heidschnuckenbock. Eine Haustür aus Glas mit innenliegender künstlerisch gestalteter Kupferblechfüllung zwischen Doppelglasscheiben wird zum einmaligen Kunstwerk.

Im August veranstaltete Petau zum zweiten Mal ein „Rennofen-Symposium“, auf dem selbstgebaute Öfen aus Lehm zur Eisenerzschmelze hergestellt werden. Zu diesem Wettbewerb reisten Schmiede aus der ganzen Umgebung nach Polle. Rennöfen wurden bereits in vorgeschichtlicher Zeit zur Herstellung von Eisen verwendet. Kelten, Römer und Germanen kannten dieses Verfahren, bei dem aus Lehm Türme errichtet werden, unter denen sich im Erdboden eine Herdgrube befindet. Der Rennofen wird mit Torf und Holzkohle beheizt. Von oben wird dann der Ofen abwechselnd mit Holzkohleschichten und dem Erz befüllt. Bei sehr hoher Temperatur schmilzt die Schlacke aus und rinnt nach dem Anstecken in die Herdgrube. Daher also die Bezeichnung „Rennofen“. Das Feuer im Ofen wird mit einem Blasebalg auf hoher Flamme gehalten, die Roheisenstücke heißen Luppe, aus denen dann durch weiteres Feuern die restliche Schlacke herausgebrannt wird. Am Ende dieser Prozeduren entsteht Eisen, das zu einem fertigen Produkt geschmiedet werden kann.

Wer sich gerne näher über den Künstler, geplante Aktionen und seine Arbeit informieren möchte, kann sich auf der Homepage www.petau.net im Internet ein ausführliches Bild machen.

Manuela Rosenthal-Kappi



Einfallsreicher Kunstschmied: Georg Petau

Foto: Sabine Weiße

nigsberg übergeben wurde (die PAZ berichtete), zeigt die Silhouette des Barons auf der berühmten Kanonenkugel in Überlebensgröße. Kugel, Dreispitz und Rockschöbe als plastische Elemente sind Szenen aus dem Krieg gegen die Türken, in dem Münchhausen im Dienste der russischen Armee kämpfte. Das dreidimensionale Objekt steht auf einem Sockel aus zwei Halbkreisen, die den Grundriß der Stadt darstellen. Sie sind so zusammengefügt, daß die jeweils auf einer Hälfte über Kopf angeordneten Silben der Städtenamen – Königsgrad, Kalininsberg – erst als Ganzes die vollständigen Städtenamen Königsberg und Kaliningrad ergeben. Die Idee ist,

Die Seele befreit

Aquarelle von Else Kindt mahnen zum Frieden

Es ist still geworden im Gedenken an das Geschehen vor 60 Jahren. Nur in den Köpfen und Herzen derer, die den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen am eigenen Leib erfahren mußten, ist noch lange nicht Ruhe eingekehrt. Immer wieder wandern die Gedanken der heute über 60-jährigen zurück in die Zeit, da sie die Heimat verlassen mußten, Verwandte und Freunde durch Gewalteinwirkung verloren und sich plötzlich in der Fremde zurechtfinden mußten. Viele von ihnen waren in diesen Jahren noch Kinder – unschuldig, hilflos, gutgläubig. Wie sie den Krieg, Flucht und Vertreibung erlebt haben, liest man immer wieder in erschütternden Zeitzeugenberichten, nicht zuletzt in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*. Nun aber hat eine Frau zu einem anderen Medium gegriffen, um ihre Erlebnisse zu schildern, um sie sich von der Seele zu schaffen. Else Kindt zeigt noch bis zum 30. September im Harburger Haus der Kirche, Hölertwiete 5, III. OG, 23 Aquarelle unter dem Titel „Die Seele freimachen von Angst, Leid und Gewalt 1945 bis 1949“ (montags bis donnerstags 9 bis 15 Uhr, freitags 9 bis 14 Uhr). In eindrucksvollen, erschütternden Bildern hat die 1939 in Kellmienen (Tellen), Kreis Tilsit-Ragnit, als Else Naujeck geborene Else Kindt das festgehalten, was sie als Sechsjährige durchleben mußte. – Viel zu

spät war die Familie (Mutter, Großmutter und drei kleine Kinder) auf die Flucht gegangen, schließlich war es streng verboten gewesen. Über das Eis des Frischen Haffs ging es in Richtung Westen, doch bald wurden sie von den Russen überrollt, zogen wieder Richtung Osten, der Heimat zu. Doch dort erwartete sie – nichts: das Haus zerstört, die Menschen ermordet, verschleppt oder geflüchtet. Mehr schlecht als recht richtete man sich ein. Der kleine Bruder war längst gestorben. Erschütternd die Bilder, die Else Kindt von seinem Begräbnis bei Eis und Schnee malte. Die beiden Schwestern müssen Schreckliches mit ansehen – Mord, Vergewaltigung, Verschleppung. Mit nur wenigen sensiblen Strichen gelingt es Else Kindt, das Entsetzen in den so jungen Gesichtern zu zeigen. Den Abschluß der Präsentation bildet ein Blatt, das wohl besonders beeindruckt. Es zeigt ein Mädchen inmitten einer Trümmerruine. Es kniet, achtet nicht auf sein weißes Kleid und auch nicht auf die drohenden Flammen, die nach ihm zu greifen drohen. In der Hand hält es eine weiße Blume – ein Zeichen der Hoffnung? Hoffen, ja hoffen muß man, daß solche Schrecken sich nicht wiederholen – ganz im Sinne der Kinder dieser Welt. Und doch: Blickt man sich um, dann fragt man sich, ob die Menschen wohl je vernünftig werden? **man**



Zerschossener Flüchtlingstreck auf dem vereisten Frischen Haff: Aquarell von Else Kindt

Foto: Osman

Patenschaften für das »Zentrum gegen Vertreibungen«

Betr.: „Berlin – wo denn sonst?“ (Folge 32)

Wie ich in der FAZ gelesen habe, wird das Zentrum und Mahnmal gegen die Vertreibung der ost- und mitteldeutschen Bevölkerung endgültig in Berlin im Seitenflügel einer katholischen Kirche unterge-

bracht, der nach Kriegszerstörungen allerdings erst wiederhergestellt werden muß. Aus meiner Sicht ist diese Lösung ideal, da ein durch den Bombenkrieg zerstörtes Kulturerbe wiederersteht und der Nachwelt als Mahnmal dienen kann! Vielleicht könnte man interessierten Vertriebenen finanzielle

Patenschaften für diese baulichen Maßnahmen anbieten, ähnlich wie sie mit Erfolg bereits für die Wiedererrichtung des Berliner Schlosses angeboten werden, um die Fertigstellung des BdV-Zentrums gegen Vertreibungen zu beschleunigen!

**Uwe Liebert,
Bremen**

Einfach geht es wirklich nicht in Deutschland

Betr.: „Modell für mehr Rentengerechtigkeit“ (Folge 26)

Mit einem Wust von Zahlen, Rechnungen und Gegenrechnungen wird vom IWD festgestellt, daß das Rentensystem nicht mehr mit der gesellschaftlichen Entwicklung übereinstimmt.

Statt jedoch eine grundlegende Änderung vorzuschlagen, wird geklagt, daß die Gesellschaft sich nicht dem System anpaßt.

Höhere Rente durch Gebärfrüde? Wer sagt denn, daß die Kinderaufzucht erfolgreich ist und die lieben Großen dann brav in die Kasse einzahlen? Vielleicht gehen sie nach der Schule ohne

Ausbildung (Lehrstellenmangel) und ohne Arbeit (Jugendarbeitslosigkeit) gleich in die Hartz-X-Hängematte.

Müssen dann die Eltern das Kindergeld zurückzahlen und auf die höhere Rente verzichten?

Wenn einer Gesellschaft die Arbeit ausgeht, dann kann die Arbeit nicht mehr für die Rente sorgen! Und warum werden eigentlich nur Pensionen aus Steuern gezahlt?

Eine staatliche Grundrente, mit der man schlecht und recht leben kann, – wer im Alter mehr will, der muß selbst dafür sorgen. Die Schweiz, wo das Volk noch was zu sagen hat, macht es uns vor.

Die Rente zum Beispiel aus der Mehrwertsteuer hätte auch einen sozialen Aspekt: Reiche konsumieren teurer, zahlen also auch mehr Steuern. Luxusgüter könnten mit einem höheren Steuersatz belegt werden, während Güter des Grundbedarfs – Arzneimittel (heute 16 Prozent), Lebensmittel, evtl. auch Kinderpflege – nur leicht besteuert werden. Die Steuersätze könnten flexibel dem Bedarf angepaßt werden.

Nur – leider geht bei uns nichts einfach: Einfaches Rentensystem – viele Tausend Arbeitslose aus BfA, LVA ... Einfaches Steuersystem – viele Tausend Arbeitslose beim Finanzamt, der Steuerberatung ... Nein, einfach geht es wirklich nicht in Deutschland! **W. Czinczel, Gaggenau**

Pensionen werden falsch beurteilt

Betr.: Leserbrief „Beamtenprivileg wird tabuisiert“ (Folge 31)

Über die Beamtenpensionen wird leider viel geschrieben, aber nie die Wahrheit. Die Unkenntnisse sind sehr groß und jeder glaubt, darauf rumhacken zu können. Wie fast immer, hat auch der Leserbriefschreiber die Abzüge vergessen. Meine monatlichen Abzüge betragen insgesamt: 413,89 Euro = 18,28 Prozent (Lohn- und Kirchensteuer sowie Krankenkasse einschließlich Pflegeversicherung).

Erwähnen möchte ich auch noch, daß die ehemalige SPD-Regierung in Schleswig-Holstein ihre Lehrerbesoldung auf Angestellten-Tarif BAT umstellte. Da sie feststellen mußte, daß sie sich total verrechnet hatte, stellte sie schnellstens wieder auf Beamtenbesoldung um. Außerdem hat nicht nur die Bundesregierung, sondern haben auch sämtliche Landesregierungen, die vorgesehenen Rücklagen von sieben Prozent der eingehaltenen Bezüge nicht gebildet, sondern genauso geplündert wie die Rentenkasse. Es ist also die Unfähigkeit der Politiker, wenn das Geld knapp wird.

Selbstverständlich hat die Bürokratie sehr zugenommen und hier könnten von den jährlichen Ausgaben von über 42 Milliarden Euro gut 50 Prozent eingespart werden. Vor lauter Gesetzen und Vorschriften weiß sowieso keiner mehr richtig Bescheid.

Über 600 Bundestagsabgeordnete sind ebenfalls überflüssig wie 16 Landesregierungen und die unfähige Arbeitsverwaltung. Aber welche Politiker graben schon ihr eigenes Grab? Sie brauchen Beamtenstellen, wo sie ihre abgetakelten Freunde und Genossen unterbringen können.

Selbstverständlich werden jetzt noch die guten Freunde (A 14/15 und B-Besoldung) der SPD/Grünen schnell befördert, wie es vor einem Regierungswechsel immer üblich war und ist. Auch sollte unbedingt unterschieden werden zwischen Laufbahnen und den Besoldungsgruppen wie A 1 bis A 12, wo die meisten Beamten tätig sind. Wie die Pisa-Ergebnisse zeigen, ist leider nicht damit zu rechnen, daß auch Politiker endlich aufwachen und besser rechnen lernen.

Horst Koske, Winsen/Luhe

Werteloses Volk

Betr.: „Neun tote Neugeborene und neun Millionen Ungeborene“ (Folge 32)

In der DDR sind neun Millionen Ungeborene abgetrieben worden, wie Hans-Jürgen Mahlitz schreibt. Im gleichen Sinne darf nicht unterschlagen werden, daß in der BRD auch neun Millionen Ungeborene abgetrieben worden sind. Dies sind 18 Millionen Morde im Mutterleib in ganz Deutschland. Wenn wir diesen abgetriebenen Menschen eine Lebenschance gegeben hätten, hätte dies Bedürfnisse wie zum Beispiel Wohnungen für 18 Millionen Menschen bedeutet. Unsere Arbeitslosigkeit und unser Rentenproblem wären kein Thema, wenn wir nicht ein werteloses Volk in bezug auf unseren Nachwuchs geworden wären.

Gerhard Heeren, Partenheim

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwährend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.



Die „Großen Drei“ – Churchill, Truman, Stalin: Auf der Potsdamer Konferenz wurde über die neuen Grenzen und die alliierten Verwaltungsgebiete des besiegten Deutschlands verhandelt. Polen wurde hierbei die Oder als Nord-Westgrenze zugesprochen, doch die Polen dachten anders. Foto: Archiv

Unüberlegt und überflüssig

Betr.: „Neun tote Neugeborene und neun Millionen Ungeborene“ (Folge 32)

Seit dem Rauswurf des wertkonservativen Martin Hohmann aus der CDU hege ich einen außerordentlichen Vorbehalt gegenüber dieser Partei, welcher anscheinend der rechte Flügel abhanden gekommen ist, wie Kritiker dieses Vorgangs zu Recht bemerkten.

Doch diese Proletarisierungsversion von Herrn Schönbohm, im Zusammenhang der neunfachen Kindstötung, war unüberlegt, überflüssig und in keinstenweise parteidienlich, wie ich meine. Angesichts einer solchen Entwicklung bin ich sehr in Sorge um unser, für mich seit dem 3. Oktober 1990, gemeinsames Vaterland.

**Dietrich Schulze,
Gardelegen**

Wohin sein Kreuz machen?

Betr.: Neuwahlen?

Die meisten Politiker und alle maßgeblichen Parteien kann ich nur als Dreckhaufen bezeichnen, und ich weiß wirklich nicht, wohin ich, meine Familie und mein Bekanntenkreis das X machen sollen. Denn deutsch und aufrecht sind sie alle nicht.

Jeder beschimpft unsere Vergangenheit, weiß heute alles besser, setzt das J-Käppchen auf und lädt sich zu Feiern ein, auf denen er nichts zu suchen hat.

Nun habe ich den Artikel vom 16. Juli 2005 über „Hohmann“ gelesen. Kann man diesen Mann irgendwie unterstützen (wählen / spenden)? Gibt es da einen Weg?

Einfach nicht zu wählen oder aus Protest den Gysi, damit das Durcheinander vollkommen wird und wir einer Anarchie entgegen steuern, ist auch nicht der richtige Weg.

Selbst das geringste Übel ist schwer herauszufinden. Und wir die Heimatvertriebenen haben es damals verpaßt (ich bin erst seit Ende 1954 wieder in Deutschland) eine eigene deutsche Partei zu gründen. Was wohl auch gern verhindert wurde. Angeblich sollten die vorhandenen Parteien unsere Interessen vertreten, statt unsere Heimat zu verscherbeln!

Nun vielleicht haben Sie einen Hinweis, der mich überzeugt und uns in unserer Qual weiterhilft?

Helmut Grundwald, Vallendar

Laviererin Merkel

Betr.: „Berlin – wo denn sonst?“ (Folge 32)

Der Tag der Heimat in Berlin, zu dem unsere Hamburger Landsmannschaften mit drei vollen Bussen angereist waren, hat trotz der eindrucksvoll hohen Besucherzahl keinen rednerischen Glanzpunkt gesetzt. Frau Merkel hätte es tun können. Aber sie trat augenfällig wieder nur als die Laviererin auf. Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ könnte für die Deutschen, auf diese große Gefahr verweisen viele mit recht, als ein Schuß nach hinten losgehen. Man will 60 Jahre nach jenem Völkermord nicht zulassen, daß den Deutschen die Verbreitung der vollen Wahrheit und damit ein Ort würdiger Trauer genehmigt wird. Hierin allein liegen die immer wieder vorgehaltenen Ängste der Polen und Tschechen. Und als zweites fällt auf, daß selbst im BdV das unverzichtbare Eigentumsrecht (Raub des privaten Besitzes) nicht vertreten wird.

Dietmar Neumann, Neu Wulmstorf

Einverleibung Stettins war ein Unrechtsvorgang

Betr.: „Die ‚Großen Drei‘ zerstückeln Deutschland“ (Folge 30)

Vielen Dank für den informativen Beitrag über die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz vor nunmehr 60 Jahren. Wahrscheinlich wird es kaum einem Leser auffallen, daß sich in der eingeleiteten „Mitteilung über die Drei-Mächte-Konferenz von Berlin“ eine Brisanz findet, die seit 1945 nahezu stillschweigend übergangen wird und auch bei den „Vier-plus-Zwei-Verhandlungen“ des Jahres 1990 nicht zur Sprache kam: In der genannten „Mitteilung“ vom 2. August 1945, veröffentlicht im Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1 vom 30. April 1946, heißt es nämlich unter Abschnitt IX (Polen) in Absatz B: „Die drei Regierungschefs bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung zurückgestellt werden soll. Die drei Regierungschefs kommen überein, daß bis zur endgültigen

Bestimmung der Westgrenze Polens die früheren deutschen Gebiete östlich einer Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze ... der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt werden ...“

Dies bedeutete also, daß Stettin Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone wurde, denn es liegt ja westlich der genannten Linie. Erst am 19. November 1945 besetzte Polen dann über die Regelungen des Potsdamer Abkommens hinaus die Hauptstadt Pommerns mit einem angrenzenden Gebiet westlich der Oder. Dieser illegale Akt rief zwar bei den Westmächten Proteste hervor, die aber keine Wirkung erzielten, weil der polnische Vorstoß Stalins Billigung fand. Die „Einverleibung“ beziehungsweise „Wiedergewinnung“ Stettins durch Polen be-

ruht also eindeutig auf einem Unrechtsvorgang, der zeitlich nach dem Potsdamer Abkommen lag. Dies ist auch der Grund dafür, daß die Oder-Neiße-Linie seither ab einem Punkt im Süden von Stettin in Richtung Norden eben nicht mehr auf der Oder nach Norden verläuft, sondern einen auffälligen Schwenk nach Westen macht, was nicht vorgehen war und offensichtlich heute selbst Historikern kaum bekannt ist oder aber aus Unkenntnis der Vorgänge vor 60 Jahren geflissentlich ignoriert oder einfach nicht erwähnt wird. Wenn folglich im Zuge der Verhandlungen zum deutschen Einigungsprozeß im Jahre 1990 die Preisgabe Ostdeutschlands angeblich unumgänglich war, so hätte zumindest die gewaltsame Besetzung Stettins durch Polen im November 1945 Gegenstand gesonderter Verhandlungen sein müssen, selbst wenn dies die Grenzen nicht mehr geändert hätte.

**Wolfgang Reith,
Neuss**

Unvergessen

Betr.: Leserbrief „Polen soll ohne Makel bleiben, Verbrechen beging nur die Wehrmacht“ (Folge 32)

In „Poland and her national minorities 1918–1939“ schreibt der ukrainische Sachkenner der polnischen Minderheitenpolitik Dr. Stephan Horak davon, daß Polen, alle Vereinbarungen und Versprechungen des guten Willens mißachtend, seine Politik der Verletzung der Minderheitenbestimmungen bis zu den letzten Tagen seines Bestehens als unabhängige Nation fortsetzte. „Vielleicht würden sich die deutsch-polnischen Beziehungen anders entwickelt haben, wenn Polen nicht gewünscht hätte, durch den Gebrauch von Gewalt seine Entwicklung von mehr als hundert Jahren umzukehren.“ Und: „Mit der Ausrottung der deutschen nationalen Volksgruppe in Polen beschäftigt, verfehlte Polen in Betracht zu ziehen, daß ... Deutschland nicht gezwungen werden konnte, alles zu vergessen, was ‚drüben‘ geschah.“

Friedrich Kurreck, Offenbach



NOTIERT

Die Litauische Eisenbahn hat am 15. dieses Monats ihre Tarife für den Transport fast aller Güter aus und nach dem Königsberger Gebiet um 15 Prozent erhöht. Hierunter fallen auch Öl und Ölprodukte, schnellverderbliche Güter und Eisenmetall, die ungefähr 60 Prozent des allgemeinen Güterflusses der Eisenbahn des Königsberger Gebietes ausmachen. Gleichzeitig teilte der Generaldirektor der Litauischen Eisenbahn, Jonas Birschischkis, den russischen Kollegen mit, daß der Transport landwirtschaftlicher Technik sowie von Zucker und Buntmetallen geringfügig gesenkt werden soll. Diese kombinierte Preiserhöhung und -senkung mißfällt den Firmen des Königsberger Gebietes, da die Preissenkung derart gering ausfällt, daß sie die Preiserhöhung nicht kompensiert. Diese neue Preisgestaltung war von litauischer Seite schon zu Beginn dieses Jahres angekündigt, ihre Einführung nach Verhandlungen mit der Eisenbahn des Königsberger Gebietes jedoch immer wieder aufgeschoben worden, bis sie Mitte dieses Monats nun doch in Kraft trat. Schon seit Mai sei ein Rückgang beim Transport von Eisenmetallen und Ölprodukten zu verzeichnen gewesen, teilte ein Vertreter der Eisenbahngesellschaft des Königsberger Gebietes gegenüber der Presse mit. Für die Zukunft werde mit einem weiteren ernstzunehmenden Rückgang des Gütertransports von und nach der Exklave der Russischen Föderation gerechnet. Die Unternehmer im Gebiet hoffen auf eine Lösung aus Moskau. Rußlands Verkehrsminister Igor Lewitin gab bekannt, daß er die litauische Seite bereits wegen des Problems kontaktiert und diese die Maßnahme mit der Erhöhung der Energie- und Personalkosten im eigenen Land begründet habe. Inwiefern dies tatsächlich für die Preiserhöhung eine Rolle gespielt habe, wolle sein Ministerium noch überprüfen lassen. **MRK**

Fünf Einwohner aus Tilsit konnten an der innerostpreußischen Grenze zwischen dem nördlichen und dem mittleren Teil gestoppt werden, als sie versuchten, in großem Umfang Zigaretten zu schmuggeln. Sie waren einer Grenzpatrouille aufgefallen, die sie abends vom Memel-Ufer aus entdeckte, wie sie mit einem motorbetriebenen Gummiboot auf das litauische Ufer zusteuerten. Auf dem Boot fanden die Grenzer 15 Körbe mit 7500 Packungen Zigaretten der Marke „Swjatj Georgij“ und zwei Maschinengewehre. Die sichergestellten Zigaretten wurden dem Zoll übergeben, die fünf Schwarzhändler müssen sich vor Gericht wegen Mißachtung der Zollgesetze verantworten. **JJ**

70.000 Zloty (rund 17.500 Euro) wird das neue Projekt „Grenzüberschreitende Bürgerzusammenarbeit“ des Lycker Landratsamtes kosten. Das Geld für die Realisierung kommt aus dem Programm Phare der Europäischen Union und dem Kreishaushalt. Das Projekt soll die Zusammenarbeit zwischen den Kommunalverwaltungen, den Medien und den Nichtregierungsorganisationen (NGO) in dem Kreis Lyck im südlichen und dem Rayon Angerapp im nördlichen Teil Ostpreußens fördern. Dazu sollen alle Unternehmungen unterstützt werden, die dem Aufbau einer per Computer und Internet vernetzten Bürgergesellschaft dienen. Hierfür wird eine Internetseite geschaffen, die den Austausch von Informationen und die Kommunikation über die innerostpreußische Staatsgrenze hinweg befördern soll. ■

Königsberg ist als erste Stadt der Russischen Föderation mit dem Europapreis, der höchsten Auszeichnung des Europarates für vorbildliche Partnerschaftsarbeit, ausgezeichnet worden. ■

Musikalische 750-Jahrfeier

Jubiläums-Konzerte im Königsberger Dom, der Philharmonie und dem Deutsch-Russischen Haus

Anlässlich der 750-Jahrfeier der Stadt Königsberg wurden von der Stadtgemeinschaft Königsberg / Stiftung Königsberg neben diversen Ausstellungen in der Kunstgalerie und der Universität (vgl. Folge 29) auch fünf Konzerte mit internationaler Besetzung organisiert. Ansprechpartner der Organisatoren war der Generalmusikdirektor Arkadi Feldman in Königsberg.

Zur Eröffnung dieser deutschen Woche des Jubiläums lud das Philharmonische Orchester zu einem ersten Festkonzert im Dom ein. Die Bänke reichten nicht aus. Stühle, selbst Bänke vom Domvorplatz, mußten von Baumeister Odinzow höchstpersönlich in den Dom geschleppt werden, damit jeder Zuhörer einen Platz bekam. Eine solche Resonanz hatte es, Feldman zufolge, noch nie gegeben. Bei der einzigartigen Akustik des Doms präsentierte der urmusikalische deutsche Gastdirigent Arne Willimczik sicher Joseph Haydns Abschiedssinfonie, eine Ouvertüre von Felix Mendelssohn und die 3. Sinfonie von Robert Schumann. Es war ein Genuß, diesem Nachwuchstalents zuzuschauen, wie er sicher und einfühlsam die sichtlich von ihm angetanen Musiker zu Höchstleistungen inspirierte.



Die Stars des Hauptkonzertes im Dom: Der Dirigent Generalmusikdirektor Arkadi Feldman, der Komponist Prof. Jeffrey Prater und die Solistinnen (von rechts nach links)

Fotos (3): Neumann-Meding

Das zweite Konzert im Deutsch-Russischen Haus enthielt ausschließlich Werke von Ludwig van Beethoven. Der Saal wurde geschickt aufgeteilt in Orchester- und Zuschauerzimmer. Dennoch schienen die Raumfülle mit einem so großen Orchester zumindest für die Prometheus-Ouvertüre überstrapaziert. Um so bewundernswerter die Zurückhaltung des Orchesters beim Hauptwerk des Abends, dem 1. Klavierkonzert. Es ist Feldmans Denken in internationalen Kategorien zu verdanken, daß er der betagten, aber bewundernswert rüstigen Pianistin Ingeborg Roloff die Chance gab, noch einmal ein öffentliches Konzert vorzutragen. Die Fingerfertigkeit und Musikalität der Solistin „überspielte“ im wahrsten Sinne des Wortes die Mängel des in den tiefen Tönen schlecht gestimmten Flügels, der zudem in den Höhen regelrecht schäpperte.

Der Chronologie der Konzertabläufe nicht weiter folgend, sei über das Hauptkonzert zu den Festtagen berichtet. Dem Verfasser dieser Zeilen ist es gelungen, das zur Expo 2000 in Hannover in Europa uraufgeführte Oratorium Veni Creator Spiritus (Komm heiliger Geist) des US-amerikanischen Musikwissenschaftlers und Komponisten Prof. Jeffrey Prater zu den Festtagen nach Königsberg zu vermitteln. Dieses



Höhepunkt der insgesamt fünf Konzerte:

Aufführung des Oratoriums Veni Creator Spiritus im Königsberger Dom

aus drei Sätzen bestehende Oratorium bedient sich der Gregorianischen Texte und der Melodien aus dem 8. Jahrhundert. Musikwissenschaftlich verarbeitet mit verschiedenen kompositorischen Techniken resultiert ein Werk, das in seiner Gesamtheit eine Hommage an die

den Kompositionen, bis es in einem lauten Finale zur Ehre Gottes endet. Als Solisten sind neben Jeffrey Prater als Komponist, die Sopranistin Laura Z. Pedersen und die Flötistin Elizabeth Sadilek-Labenski zu nennen. Die Professoren von der Iowa State University waren aus den USA angereist. Aus Saratow in Rußland war der international bekannte Chor unter der Leitung von Lyudmilla Litsova verpflichtet worden, und das Orchester wurde von dem Philharmonischen Orchester Königsberg gestellt. Die ausgezeichnete Akustik im vollbesetzten Dom trug dazu bei, daß dem Zuhörer und Zuschauer ein Konzert dargeboten wurde, wie es in den Konzertsälen in Berlin, Paris oder Moskau nicht hätte besser dargeboten werden können. Wie eine Aufnahme beweist, blieb der Chor seinem exzellenten Ruf treu. Kein Widerhall störte die klare Stimmführung der Sopranistin und der Flöte. Arkadi Feldman hatte die Gesamtheit der Aufführung gut im Griff, wobei seine Streicher ein besonderes Lob verdienen. Als zweites Werk wurde an dem Abend das ebenfalls von Jeffrey Prater komponierte einsätzige Stück „Promise“ uraufgeführt. Es entstand anlässlich des plötzlichen Todes der Ehefrau des Komponisten im Februar dieses Jahres. Ruhig von der Linienführung des Flötensolos geprägt, gewann das Stück die Herzen der Zuhörer. Die Flöte spielte Dr. Sonja Giles, die ihrer ehemaligen Lehrerin Elizabeth Sadilek-Labenski in Sauberkeit und Einfühlsamkeit in keiner Weise nachstand.

Zwei weitere Konzerte rundeten das Gesamtgeschehen ab. Weil die Amerikaner und auch der berühmte Chor nun einmal angereist waren, kam der Hörer in den Genuß zweier weiterer Konzerte: Am 8. dieses Monats wurden die Königsberger Zuhörer förmlich überrascht durch ein Konzert in der Philharmonie, in dem „Classic Jazz“ dargeboten wurde. Neben den genannten Solisten traten Michael Giles, Saxophon, und Andrew Adams, Klavier, als gestandene Musiker auf. Als Stücke sind zu nennen: Sopranarie aus der Oper „Susanne“ von Carlyle Floyd, Caprice en forme de valse für Saxophon von Paul Bonneau, Duo für zwei Flöten von Ferruccio Busoni, Canon in style of Bach von Prater, Vocalise für zwei Flöten und Klavier von Sergej Rachmaninoff und unter vielen weiteren Stücken auch Les Treteaux für Flöte und Sopran von Pierre Max Dubois. Die Begeisterung des Publikums konnte man dem Beifall entnehmen. Letzteres gilt auch für das reine Chorkonzert am 6. dieses Monats im Dom. Nach 90stündiger Fahrzeit präsentierte sich der A-cappella-Chor aus Saratow in seiner besten Form. Die ersten Gesänge beinhalteten geistlichen Kontrapunkt aus dem 16. Jahrhundert, gefolgt von einer Mischung aus alter und neuer Musik aus Europa, Amerika und Rußland, bis hin zu amerikanischen Spirituals.

Zweifellos stellten diese Konzerte zu den Königsberger Festtagen auch den Höhepunkt dar in Bezug auf die Wiederherstellung des Königsberger Doms. Feldman und dem Baumeister Odinzow zufolge wurde der Dom mit diesen internationalen Darbietungen zur 750-Jahrfeier endgültig würdig eingeweiht. Es erfüllt die Königsberger mit Freude, daß sie, entgegen allen Widrigkeiten im Umfeld der Vorbereitung und der Durchführung der Ausstellungen und Konzerte, maßgeblich auch zum Gelingen dieser Domeinweihung und des 750-jährigen Jubiläums der Stadt beigetragen haben.

E. Neumann-Meding



Konzert in der Philharmonie: Andrew Adams begleitet die Flötensolistinnen am Klavier.

Befreiung, Niederlage oder was?

Deutschlands Reparationsleistungen nach dem Ersten Weltkrieg und deren Folgen (Teil XIII)

Von G. SCHULTZE-RHONHOF

Der Erste Weltkrieg war für fast alle kämpfenden Parteien auch ein finanzieller Opfergang gewesen. Die Deutschen hatten ihre Kriegsausgaben mit Steuern und mit Staatsanleihen selber finanziert. Briten und Franzosen hatten sich die nötigen Gelder größtenteils bei Banken in Amerika geliehen. Die Kriegskosten der USA dagegen waren durch den späten Eintritt in den Krieg relativ gering geblieben. So versuchten die Regierungen Englands und Frankreichs, ihre Kriegsschulden und Kriegslasten nach 1919 aus dem besiegten Deutschland einzutreiben.

Deutschland wurden demzufolge nicht nur Kolonien, Auslandsvermögen, Patente und Industrieanlagen von immensen Werten abgenommen, sondern die neue deutsche Republik sollte neben Sachleistungen wie Kohle, Holz, Vieh und anderem auch in „barem“ Geld bezahlen.

Als erstes mußte Deutschland 1919 zur Sicherung der noch nicht festgelegten Reparationen bei ausländischen Banken eine Schuldverschreibung über 100 Milliarden Goldmark unterschreiben und dafür ab der Unterzeichnung fünf Prozent Zinsen – das waren fünf Milliarden Goldmark jährlich – zahlen. Um die Größenordnung zu verstehen, sei erwähnt, daß Frankreich 1871 nach einem Kriege, den es selbst verursacht, erklärt und dann verloren hatte, mit einer Gesamtrepatriation von rund fünf Milliarden Goldfranken (zirka vier Milliarden Goldmark) davongekommen war. Die alliierten Sieger verlangten 1919 statt dessen einen Beitrag in fast der gleichen Höhe, aber einmal jährlich, und das ohne Tilgungsanteil.

Im Januar 1921 legten die Siegermächte dann die Gesamthöhe der Reparationen Deutschlands für die nächsten 42 Jahre fest: etwa 331 Milliarden Goldmark. Auch hier

zwei Zahlen zum Vergleich. Die Kosten Deutschlands für den gesamten Ersten Weltkrieg hatten mit 163 Milliarden Goldmark nur halb soviel betragen. Und das besiegte Rußland hatte 1918 im Frieden von Brest-Litowsk überhaupt keine Reparationen an die Sieger Deutschland und Österreich-Ungarn zahlen müssen. Man sah im Ausland schon damals, wie völlig maßlos die eigenen Forderungen in Versailles waren. Dazu drei Siegerstimmen: Der damalige italienische Ministerpräsident Nitti: „Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten Volkes gegründet worden.“ Der US-amerikanische Außenamts-Staatssekretär Lansing noch während der Versailler Sitzungen: „Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar erscheinen.“ Und Churchill in seinen Erinnerungen: „Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages waren so bössartig und törricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten.“ Doch die recht-

die Städte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort.

Im Mai 1921 legten die Siegermächte dann einen „endgültigen Reparationsplan“ fest, der allerdings nicht lange (end-)gültig blieb. Die neue Schuld betrug noch 132 Milliarden Goldmark plus einer 26-Prozent-Abgabe auf alle deutschen Exporte, was jährlich noch einmal zwei bis drei Milliarden Goldmark ausmachte. Auch 1922 konnte die Weimarer Republik die Schulden nicht bezahlen. Als gegen Ende 1922 noch 1,6 Prozent der Jahresrate fehlten, marschierten belgische und französische Truppen ein zweites Mal ins Ruhrgebiet und besetzten Oberhausen und Essen. Die Reichsregierung Cuno rief daraufhin zum „passiven Widerstand“ gegen die Besatzungstruppen auf, was zur Erschießung von 14 deutschen Arbeitern und der Vertreibung von 80.000 Männern aus dem Ruhrgebiet führte, die damit Heim, Arbeitsplatz und Lohn verloren. Frankreich unterband außerdem die Lieferung von Kohle von der Ruhr ins nicht besetzte Deutschland. Da die Weimarer Republik schon die Kohlereviere Saar an die Franzosen und Oberschlesien an die Polen hatte übergeben müssen, brach mit dem Kohle-Embargo an der Ruhr die Energieversorgung im ganzen Reich zusammen. Dem folgten der Kollaps der deutschen Industrieproduktion und kurz darauf auch der Zusammenbruch der Reichsmark-Währung. Es kam zur Inflation, bis vier Milliarden Reichsmark nur noch den Wert von einem Dollar hatten. Es kam zu hoher Arbeitslosigkeit und zur Verelendung eines großen Teiles der Bevölkerung in Deutschland.

1924 folgte der nächste Zahlungsplan der Sieger, der Dawes-Plan, der wieder keine Obergrenzen für die deutschen Zahlungspflichten nannte, aber geringere Jahresraten ansetzte. Deutschland – nach wie vor nicht zahlungsfähig – lieb sich das verlangte Geld bei US-Banken und

zeitigen und auch die späteren Einsichten führten nicht dazu, dem besiegten Deutschland eine Brücke zu bauen.

Die junge deutsche Republik hatte außer den Reparationen auch noch die eigenen Kriegsanleihen abzutragen, die Unterstützung für die Kriegsoffer aufzubringen, die Entschädigungen für die in Elsaß-Lothringen verlorenen Sachwerte zu leisten und obendrein den Siegern die Besatzungskosten zu bezahlen. So kam es, daß das Deutsche Reich schon die zweite Monatsrate nicht mehr voll bezahlen konnte. Die Sieger besetzten daraufhin zum ersten Mal als Straf- und Repressionsmaßnahme einen Teil des Ruhrgebiets,

Winston Churchill:
In seinen Erinnerungen schreibt der berühmte britische Weltkriegspremier über Versailles: „Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages waren so bössartig und törricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten.“

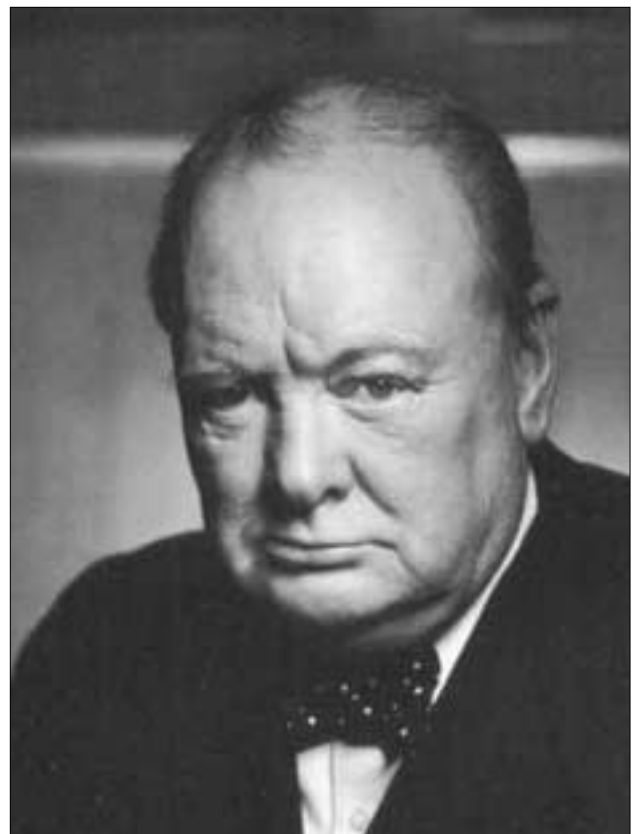


Foto: Archiv

zahlte seine Reparationen nun fünf Jahre lang mit immer neuen Schulden. 1930 wurde der Dawes-Plan vom Young-Plan abgelöst, der die „endgültige“ Höhe der Reparationen festlegte und die Zahlungsdauer 1988 enden ließ. Auch die Young-Raten mußte sich die Weimarer Republik bei Banken in den USA besorgen. Die Reste der Dawes- und der Young-Anleihen zahlt die Bundesrepublik Deutschland noch bis zum Jahr 2010 bei Banken in den USA ab.

1930 begann die Weltwirtschaftskrise in Nordamerika. Die US-Banken – nun selbst in Schwierigkeiten – verlangten von den deutschen Schuldner-Banken, alle kurzfristigen Kredite der letzten Jahre sofort zurückzahlen, worauf im Sommer 1931 fast alle deutschen Banken Konkurs anmelden mußten. Es folgte die Zeit der Depression in Deutschland, die Zeit der sechs Millionen Arbeitslosen und der Versuch der Reichsregierung Brüning, die Weimarer Republik am Parlament vorbei mit Notverordnungen wirtschaftlich zu retten. Dies war der Tod der Republik von Weimar.

England und Frankreich hinterließen beim deutschen Volk in dieser Zeit das bittere Gefühl, daß die maßlosen Reparationen die Haupt-

schuld an der Inflation, an der hohen Arbeitslosigkeit und am eigenen Elend hatten. Daß Inflation und Elend auch noch andere Gründe hatten, wurde nicht so klar gesehen. Selbst der englische Wirtschaftswissenschaftler Keynes bezeichnete die Reparationen als Versklavung, Ausrottung und Unterdrückung. Warum sollten Deutsche dieses anders sehen? Wer hinter die Kulissen blickte, bemerkte auch, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die eigentlichen finanziellen Gewinner des Ersten Weltkriegs waren, und daß die deutsche Depression von 1931 ein Kind der amerikanischen Wirtschaftskrise von 1930 war. So nimmt es nicht Wunder, daß die deutsche Bevölkerung nur acht Jahre nach diesen bitteren Notjahren ab 1939 der Überzeugung war, Krieg gegen ihre Peiniger zu führen. Die Kritik am Unrecht, das die Nationalsozialisten und Hitler bis dahin schon begangen hatten, trat gegen das, was die Sieger des Ersten Weltkriegs den Deutschen bis 1932 zugemutet hatten, kraft zurück. Manche Deutsche wären sicher gerne Adolf Hitler und die Nationalsozialisten losgeworden, aber dann politisch und aus eigener Kraft. Eine Befreiung durch die Peiniger von einst wäre ihnen damals unvorstellbar gewesen.

Fortsetzung folgt

Das historische Kalenderblatt: 1. September 1961 – Das »große« VW Karmann Ghia Coupé 1500 geht in Serie

Der VW mit den markanten »Augenbrauen«

Nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945 und der von Hunger, Not, Elend und Entbehrungen geprägten zweiten Hälfte der 40er Jahre begab sich in den 50er Jahren das sogenannte Wirtschaftswunder ganz allmählich auch in den Portemonnaies der Bundesbürger bemerkbar zu machen, um dann in den „fetten“ 60er Jahren mit Voll- und Überbeschäftigung seine Blüte und seinen Höhepunkt zu erleben. Der Kreis der Westdeutschen, die mit einem VW Käfer angefangen hatten und sich nun mehr leisten wollten und auch konnten, wuchs. Um diese Aufsteiger auch anzusprechen und nicht an andere Marken zu verlieren, brachte das Volkswagenwerk an der Wende von den 50er zu den 60er Jahren einen neuen Mittelklassewagen mit 1,5-Liter-Maschine auf den Markt, den ebenfalls von Porsche entwickelten und gleichfalls von einem luftgekühlten Heckmotor über die Hinterräder angetriebenen Typ 3. Dieser wie der Käfer zweitürige VW 1500 wurde sowohl als Stufenhecklimousine als auch als Kombi – bei Volkswagen seit jener Zeit bis zum heutigen Tag „Variant“ genannt – angeboten.

Aufgrund der unerwartet guten Verkaufszahlen des ab 1955 als Coupé und 1957 auch als Cabrio gebau-

ten „kleinen“ Karmann Ghia auf Basis des Typs 1, sprich des Käfers, lag es für das Volkswagenwerk nahe, mit den selben Partnern auch einen geschlossenen und einen offenen Sportwagen auf Basis des Typs 3 zu bauen.

Ab 1958 arbeitete mit Sergio Sartorelli ein Ghia-Designer an den Linien eines „großen Bruders“ des bereits vorhandenen Karmann Ghia. Am Ende des folgenden Jahres war ein erster Prototyp fertig. Die in die Karosserie integrierten Nebelscheinwerfer lagen jedoch weiter auseinander, als erlaubt war, und so wanderten sie zur Mitte hin. Diese Lampenanordnung zusammen mit den charakteristischen „Augenbrauen“ gab dem Wagen sein charakteristisches Aussehen, an dem sich – anders als bei seinem allseits beliebten „kleinen Bruder“ mit dessen weicherer, runderer, weniger strengen und kantigen Form – die Geister schieden und bis heute

scheiden. Sibyllinisch formulierte die US-amerikanische Fachzeitschrift *Road & Track*: „Schön oder nicht, eine Designvorgabe war sicherlich, dem Wagen ein anderes Aussehen zu geben, und das ist gelungen, daran läßt sich kaum zweifeln.“

Am 1. September 1961 ging das Coupé bei Karmann in Osnabrück in



Nur relativ kurze Zeit produziert: Der Typ 34 kam sechs Jahre später als sein „kleinerer Bruder“ auf Käfer-Basis und ging fünf Jahre früher. Foto: Archiv

Serie. Bei der im selben Monat stattfindenden Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt wurde der Zwei-plus-zwei-Sitzer der Öffentlichkeit präsentiert. Hierbei gibt es einen amüsanten Unterschied gegenüber dem „kleinen Bruder“. Während der „kleine“ Karmann

Ghia, der ursprünglich ein Roadster werden sollte, bei seiner Präsentation nur als Coupé vorgestellt wurde, später jedoch auch als Cabrio zu haben war, wurde der „große Bruder“ vor 44 Jahren auf der IAA sowohl in einer offenen als auch in einer geschlossenen Variante präsentiert, um dann jedoch (leider) nur geschlossen gebaut zu werden, und das obwohl der Preis für den offenen Schönen bereits feststand und auch die Prospekte schon gedruckt waren: 9.500 D-Mark sollte der Wagen, der nie in Serie ging, kosten und damit 600 D-Mark mehr als das Coupé.

„Großer“ Karmann Ghia kann man wörtlich nehmen. Er war 14 Zentimeter länger und 80 Kilogramm schwerer als der sechs Jahre ältere Klassiker. Der Ein-Vergaser-Motor leistete 45 PS, was für eine Spitzengeschwindigkeit von 132 Stundenkilometern reichte. Obwohl aus dem selben Stall, aus der selben Familie wie der kleinere und ältere Typ 14 lief der

Verkauf des Typ 34 nur schleppend an. Der Anbieter reagierte darauf, indem er den Preis senkte und dem Wagen einige Verbesserungen gönnte. So war ab dem zweiten Produktionsjahr ein elektrisch zu bedienendes Stahlschiebedach lieferbar. Im darauffolgenden Jahr gab es das Auto auch in einer S[pezial]-Version im Angebot mit einem neun PS stärkeren Zwei-Vergaser-Motor, der den Wagen 13 Stundenkilometer schneller machte. Ab 1963 war das Fahrzeug auch als Rechtslenker zu haben. Die beheizbare Heckscheibe kam 1964. 1965 wurde der Zwei-Vergaser-Motor um 100 Kubikzentimeter vergrößert. 1967 standen schließlich auch ein Automatikgetriebe und ein Einspritzmotor zur Verfügung.

Trotz dieser für den durch schaltfaule Autofahrer und scharfe Abgasbestimmungen geprägten US-amerikanischen Markt wichtigen Verbesserungen des Angebotes wollten die Verkaufszahlen einfach nicht in die Höhe gehen. Von 8.548 im Jahre 1962 fiel die Produktionszahl fast kontinuierlich auf 2.533 im Jahre 1968. Im Juli 1969 wurde als Konsequenz die Produktion eingestellt. Insgesamt wurden vom „großen“ VW Karmann Ghia nur 42.505 Exemplare produziert. M. Ruoff



Geistig-kulturelle Armut

Jürgen Rüttgers über Gefahren und Defizite der Gegenwart

erreichte ein Rezensionsexemplar des Buches „Worum es heute geht“ von Jürgen Rüttgers die Redaktion. Da wir jedoch nicht mit einer Rezension in den Landtagswahlkampf eingreifen wollten, kam Rüttgers Werk erstmal auf den großen Stapel. Daß nach der (Landtags-)Wahl vor der (Bundestags-)Wahl sein sollte, konnten wir damals noch nicht ahnen.

Nun aber zu Rüttgers neuem Buch: Auch wenn es manchen verwundern mag, aber der Politiker hat in „Worum es heute geht“ wichtige Probleme der Gegenwart thematisiert und bringt sie schlüssig mit dem Verlust von Tradition und konservativen Werten in

Zusammenhang. „Armut ist dabei nicht nur materiell zu verstehen. Es gibt auch geistig-kulturelle Armut. Diese verbreitet sich in der globalisierten Wissensgesellschaft.“

„Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts machen nicht nur graduelle Anpassungen notwendig. Es reicht nicht, an der einen oder anderen Stellschraube zu drehen. Es geht um eine grundlegende Neuorientierung. Das gilt nicht nur für die Arbeitsmärkte und Bildungssysteme, sondern auch für unsere Einstellungen zueinander und zum Leben. Was heißt das konkret für die Zukunft?“

Jürgen Rüttgers skizziert für einen Politiker überraschend knapp, aber zugleich anschaulich die Gefahren und Chancen, die sich aus diesen Veränderungen und den notwendigen Reaktionen darauf ergeben.

Auch beruft sich der Politiker immer wieder auf Dichter und Denker wie Werner Heisenberg, Kant, Goethe, Wilhelm von Humboldt, Theodor Heuss und Herodot und zieht Rückschlüsse ihrer Lehren für die Gegenwart. „Es darf nicht dazu kommen, daß das neue Zeitalter verlorengeht. Daher muß für uns gelten: wider den Zeitgeist. Die Zukunft liegt erst vor uns. Wir müssen sie möglich machen.“ Inwieweit Jürgen Rüttgers dazu beiträgt, kann man jetzt in Nordrhein-Westfalen beobachten. Auf jeden Fall ist sein Buch besser als erwartet. Vielleicht ist es ja auch seine Regierungszeit?

R. Bellano

Jürgen Rüttgers: „Worum es heute geht“, Bastei Lübbe, Bergisch Gladbach 2005, broschiert, 206 Seiten, 7,95 Euro



Lebensprall

Romanhafte Darstellung der Staufer

Dieter Breuers, Historiker sowie viele Jahre Chefredakteur in Köln und Bonn, hat ein herrliches Buch geschrieben. Abenteuerlich, lebensprall rückt „Die glühende Krone – Die Staufer und ihre Zeit“ dem Leser vor das Auge. Von 1050 bis 1268 gehörten die aus Schwaben stammenden Staufer zu den führenden Adelsgeschlechtern Europas, stellten Kaiser und Könige. Welfen, Salier und andere waren gleichrangige Konkurrenten im Streben nach Macht; es hinderte sie nicht, verwandtschaftliche Verflechtungen einzugehen. Im Gegenteil: Durch Heirat war friedliche Besitzmehrung, „Landnahme“ möglich.

Zwei Kaiser ragen aus der „Stauferzeit“ hervor: Friedrich I., genannt „Barbarossa“, „Rotbart“ (1122–1190) und sein Enkel Friedrich II., wegen seiner Geburt in Süditalien liebevoll das „Kind aus Apulien“ (1194–1250) genannt, mehrten den Glanz der im 10. Jahrhundert gefertigten, mit Kreuz und Edelsteinen bestückten „deutschen Kaiserkrone“. Leben und Schicksal dieser zwei Menschen bestimmen weitgehend den Inhalt des Buches. Geschildert werden ihre Ehen, ihre wirtschaftlichen und kulturellen Erfolge und Neuerungen, ihre Kriegszüge bis in den Orient, ihre Zwiste mit der Kirche in Rom.

Während eines Kreuzzuges starb Friedrich I. im Alter von 68 Jahren an der Südküste Kleinasien. An einem glutheligen Tag machte der Troß in einer Felsenschlucht am Fluß Saleph Rast. Friedrich badete im eiskalten Wasser – und ertrank. Das Herz hatte ausgesetzt. 56 Jahre zählte Friedrich II., „das Staunen der

Welt“, als er 1250 im italienischen Kastel Fiorentino einem Krebsleiden erlag. Den berühmten Beinamen hatte ihm die Mitwelt verpaßt. „Wahrhaftig, ihn verehren Land und Meer, ihm jubeln die Lüfte zu“ schrieb Friedrichs Zeitgenosse Petrus von Vineia. Als hochgeachtete Regenten gingen beide Kaiser in die Geschichte ein. Eine Sage bemächtigte sich ihrer. Derzufolge waren sie nicht gestorben, sondern schiefen in einem Berg. Aber in welchem? Volksglaube entschied sich für den „Kyffhäuser“ bei Halle.

Kulturgeschichte, Sittengeschichte ist fokussierte Sozialgeschichte. Dieter Breuers legt ein Werk vor, das bis in die Einzelheiten das alltägliche Leben in der Stauferzeit schildert: Adelsgesellschaft, hohe Geistlichkeit und Mönchsorden, Nonnenklöster, Bürgertum, Bauern und Handwerker, Handel und Gewerbe, Künstler und fahrendes Volk. Selbstverständlich fehlen nicht die Minnesänger, exemplarisch geschildert im Kapitel „Hohe Minne – niedere Lust“. Auch fehlt nicht das eifrig praktizierte „Schmiergeld“-Szenarium um Posten, Lehen, Vorteilsnahme. Nur nannte man es damals nicht Schmiergeld, sondern „Handsalbung“. Zuletzt seien die „Raubritter“ erwähnt, bewaffnete Wegelagerer, Straßenbanditen, die aus dem verarmten Adelsrittertum hervorgingen. Sie überfielen Kaufleute wegen ihrer Frachtgüter sowie Reisende.

Wie gesagt: ein absolut herrliches Buch. **Esther Knorr-Anders**

Dieter Breuers: „Die glühende Krone – Die Staufer und ihre Zeit“, Bastei-Lübbe, Bergisch Gladbach 2005, broschiert, 587 Seiten, 12,90 Euro



Vor Moskau in den Tod

Roman über einen jungen Soldaten aus Napoleons Armee

esprechenden literarischen Talents und greift damit vielleicht doch ein wenig zu hoch. Was jedoch nichts am hohen Unterhaltungswert des spannenden, manchmal allerdings etwas kitschigen Erstlingswerks des 27-jährigen Christian Huster ändert.

Der erwachsene Georg Unterkofler verzichtet seinen Eltern und seinem jüngeren Bruder zuliebe auf seinen Erbanteil am winzigen Bauernhof und macht sich im Dunkeln der Nacht auf nach Amerika. Doch das in seinen Augen gelobte Land wird er bei dieser Flucht nicht erreichen: Noch vor der württembergischen Grenze wird er festgenommen und zwangsrekrutiert. Das Verlassen des

Landes ist vor allem für junge Männer nicht erlaubt: Friedrich I. von Württemberg braucht sie für seine Armee. Und genau in dieser findet sich Unterkofler wieder. Der Drill ist hart, die Offiziere leben ihre Macht über die Rekruten in teilweise sadistischen und total sinnlosen Spielchen aus. In dem widerspenstigen Deiss, dem etwas schwächlichen Blümler und dem sein Schicksal annehmenden Kopp findet Georg jedoch schnell Freunde, die ihm den militärischen Alltag erträglich machen. Doch dann kommt Napoleon mit seinem Feldzug nach Rußland und der württembergische König läßt seine Männer mit Napoleon gen Osten ziehen.

Eindringlich schildert der Autor, wie die Soldaten unter unmenschlichen Bedingungen immer weiter Richtung Moskau ziehen, die Russen sich jedoch nicht zur Schlacht stellen. Legendar der Brand in Moskau, le-

gendär die eisige Kälte des Rückzuges der von der russischen Weite geschlagenen Armeen unter Napoleon.

Damit bei dem ziemlich von Männern dominierten Thema die Liebe nicht zu kurz kommt, hat der Autor die adlige Sophie Baronesse von Laue, die ihre Freundin, eine Offiziersgattin, begleitet, mit ins Spiel gebracht. Sie begegnet dem württembergischen Soldaten Unterkofler, der sich sofort in sie verliebt. Die Liebe gibt ihm die Kraft, alles auf ihn wartende Unheil zu überstehen.

Ein wirklich spannender Roman über Unmenschlichkeit, Barbarei und hunderttausendfaches Sterben, aber auch Freundschaft, Liebe und Hoffnung. **R. Bellano**

Christian Huster: „Beresina“, Langen Müller, München 2005, geb., 287 Seiten, 19,90 Euro

Alle Bücher sind über den PMD, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon 0 40/41 40 08 27, zu beziehen.



Ein bißchen politisch inkorrekt

Redakteur der Süddeutschen Zeitung wagt sich an das Thema der Vertreibung der Deutschen

einanderseits nicht Märtyrer genug ist, um sein Arbeitsverhältnis mit der Süddeutschen Zeitung in Gefahr bringen zu wollen, andererseits aber zu sehr in der Materie steckt, um die politisch korrekte Schwarzweißmalerei des deutsch-polnischen Verhältnisses einfach mitzumachen.

So finden sich die politisch korrekten Aussagen denn auch vornehmlich in den Teilen seines Buches, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie am ehesten gelesen werden. Dieses sind das Vorwort und der Schutzumschlag. Man braucht noch nicht einmal die Schutzfolie zu entfernen, um auf der Rückseite zu lesen, daß der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg eine Vertreibung von Polen im Kriege vorangegangen sei. Das dem Zeitgeist entsprechende Ursache-Wirkungs-Verhältnis ist hergestellt. Daß der Vertreibung von Polen im Kriege wiederum eine Vertreibung von Deutschen vorausgegangen ist, davon ist auf der Rückseite nicht die Rede.

Davon ist dafür aber im Buch die Rede. Immerhin ein ganzes Kapitel ist dieser in der Bundesrepublik Deutschland gerne verschwiegenen Vertreibung gewidmet. Nun hat

allerdings das deutsch-polnische Verhältnis auch nicht mit Versailles angefangen, und so thematisiert Urban – wogegen es nichts zu sagen gibt – auch die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Im ersten Kapitel spricht er die „preußischen Ausweisungen“ an. Das verwundert nicht, denn wenn heutzutage überhaupt die Vertreibung von Deutschen in der Zwischenkriegszeit erwähnt wird, dann doch immer mit dem Hinweis, daß vor dem Ersten Weltkrieg Polen aus Preußen ausgewiesen worden seien, womit das politisch gewünschte Ursache-Wirkungs-Verhältnis wieder hergestellt scheint. Urban jedoch informiert in seinem Buch über ein hoch interessantes Faktum bezüglich dieser von Preußen vorgenommenen Ausweisungen, das man sonst kaum zu lesen bekommt: „Faktisch hatte es sich um die Abschiebung von illegal im Land lebenden Ausländern gehandelt, Einheimische waren nämlich nicht davon betroffen.“ Es handelte sich also um etwas, das selbst die liberale Bundesrepublik gelegentlich vornimmt, und ist nicht vergleichbar mit der von Polen in der Zwischenkriegszeit vorgenommenen Vertreibung autochthoner Deutscher aus ihrer Heimat. Thomas Urban verzichtet auf diese Gegenüberstellung. Das ist durchaus typisch. Er liefert politisch inkorrekte Informationen, aber verzichtet auf die sich daraus ergebenden politisch inkorrekten Schlußfolgerungen. Dem in der

Bundesrepublik bescheiden gewordenen Leser genügt das ja schon.

Ein anderes Beispiel ist das Kapitel „SS-Sonderlaboratorium Zamóść“. Hier wird berichtet, wie im Zweiten Weltkrieg Polen vertrieben wurden. Doch wie die Kapitelüberschrift bereits vermuten läßt, geht aus dem Kapitel klar hervor, daß es sich hierbei um ein Modellprojekt handelte, also um eine Ausnahme, während die Ostdeutschen flächendeckend vertrieben wurden, Vertreibung also die Regel war. Wieder verzichtet Urban auf eine Gegenüberstellung, aber der bescheidene Leser kann trotzdem seine Lehre aus dem Geschilderten ziehen.

Als letztes Beispiel für interessante Informationen in diesem Buch sei das Kapitel Polen und die Vertreibung angesprochen. Hier thematisiert Urban unter anderem die vielgelobte Botschaft der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder mit den berühmten Worten: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Weitaus weniger berühmt, aber in diesem Buch angesprochen, ist der wenig später zur Relativierung nachgeschobene bischöfliche Hirtenbrief mit den Worten: „Hat das polnische Volk einen Grund dafür, seine Nachbarn um Verzeihung zu bitten? Sicherlich nicht! Wir sind überzeugt, daß wir als Volk nicht jahrhundertlang dem deutschen Volk politisches, wirtschaftliches

und kulturelles Unrecht zugefügt haben ... Aber wenn sich auch nur ein Pole als unwürdiger Mensch erwiesen hat, wenn auch nur einer im Laufe der Geschichte eine unwürdige Tat begangen hätte, hätten wir also einen Grund zu sagen: „Wir bitten um Vergebung.“ Urban entlarvt die vielgerühmte polnische Bischofsbotschaft vor den Augen des Lesers völlig, wenn er dann noch die folgende Information nachschiebt: „Kominek sprach später offen aus, daß die polnischen Bischöfe mit ihrer Versöhnungsbereitschaft auch politische Ziele verfolgt hätten: Sie hätten sich als Antwort eine Anerkennung ... der Oder-Neiße-Linie erhofft.“ Wo wird man in den bundesdeutschen Medien über solche Hintergründe heutzutage noch informiert?

Man kann nur wünschen, daß möglichst viele seiner Kollegen das Buch des SZ-Osteuropakorrespondenten nicht nur in die Hand nehmen, sondern auch durchlesen – nicht, weil man Thomas Urban berufliche Schwierigkeiten mit seinem Arbeitgeber wünschte, sondern in der Hoffnung, daß nach der Lektüre die SZ-Redakteure ein etwas differenzierteres Bild der deutsch-polnischen Beziehungen zeichnen. **M. Ruoff**

Thomas Urban: „Der Verlust – Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert“, C. H. Beck, München 2004, 224 Seiten, 22 Abbildungen, 2 Karten, 19,90 Euro

Ziel vieler Künstler

Muse Kurische Nehrung

Ein Sommeratelier auf der Kurischen Nehrung – inmitten weiter Sandstrände, hoher Dünen und mit Blick auf die Ostsee – war zwischen 1850 und 1945 das Ziel zahlreicher namhafter Künstler. Auch das harte und entbehrungsreiche Leben der Menschen im abgelegenen und ärmlichen Fischerdorf Nidden faszinierte sie und spiegelt sich in ihren Arbeiten wider.

Mit zahlreichen Reproduktionen stellt das hochwertige Buch „Nidden – Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung“ die große Vielfalt an Kunstwerken vor, die in der malerischen Landschaft entstanden ist. Es dokumentiert in historischen Fotografien das Leben der Menschen und Künstler in diesem einsamen, kargen Landstrich.

Jörn Barfod führt mit anschaulichen Worten durch die Geschichte der Künstlerkolonie, zeigt die Entwicklungen der Malstile von Naturalismus über Impressionismus und Expressionismus zur Neuen Sachlichkeit. Auch erläutert er, wie sich das Leben der Menschen mit dem aufkommenden Tourismus und einer zunehmenden Zahl an Künstlern veränderte. **OL**

Jörn Barfod: „Nidden – Künstlerkolonie auf der Kurische Nehrung“, edition fischerhuder kunstbuch, 154 Seiten mit zahlreichen Abb., brosch., 14 Euro